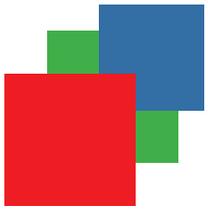


Aufbruch - Das Neuss von morgen gemeinsam gestalten!

*Für eine solidarische, ökologische
und moderne Stadt*





Aufbruch - Das Neuss von morgen gemeinsam gestalten!

***Für eine solidarische, ökologische
und moderne Stadt***

Kooperationsvertrag 2020 - 2025
von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und UWG/
FW - Aktiv für Neuss im Neusser Stadtrat

Aufbruch – Das Neuss von morgen gemeinsam gestalten!

Für eine solidarische, ökologische und moderne Stadt

Am 13. September 2020 haben die Bürgerinnen und Bürger bei der Kommunalwahl durch ihr Wahlverhalten deutlich gemacht, dass sie sich einen Aufbruch in der Stadt Neuss wünschen. Wir leben gerne in dieser lebens- und lebenswerten Stadt, die große Chancen und Potenziale hat. Gleichwohl stehen wir vor großen Herausforderungen:

Auch in Neuss hat die Belastung durch den Straßenverkehr stetig zugenommen. Viele Neusserinnen und Neusser haben große Probleme eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die Auswirkungen des Klimawandels sind schon heute in der Stadt zu spüren. Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, welche Aufgaben im Zusammenhang mit der dringend erforderlichen Digitalisierung der Stadt Neuss noch bewältigt werden müssen.

Vor diesem Hintergrund sind die Kooperationspartner und der Bürgermeister bereit, Verantwortung zu übernehmen und mutige Weichenstellungen für die zukünftige Entwicklung der Stadt Neuss zu treffen. Wir wollen eine umweltfreundliche Mobilitätswende voranbringen, Neuss bis 2035 zu einer klimaneutralen Stadt weiterentwickeln, mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und die soziale Großstadt Neuss weiter stärken.

Wir werden uns gemeinsam dafür einsetzen, dass unsere Stadt auch in Zukunft eine offene und vielfältige Stadt bleibt, in der sich die Menschen mit Respekt begegnen. Ziel unserer gemeinsamen Politik ist die uneingeschränkte Teilhabe aller Menschen am Leben in unserer Stadt – unabhängig davon, wo sie herkommen, wie viel Geld sie haben oder woran sie glauben. Ein zentraler Bestandteil unserer Politik ist die Achtung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und die Förderung der Demokratie. Denn in unserer Stadt gibt es keinen Platz für Diskriminierung, Intoleranz, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Islamismus und Islamophobie. Entsprechenden Tendenzen werden wir uns entschieden entgegenstellen.

Als Kooperation streben wir ein neues konstruktives Miteinander im Stadtrat an und laden alle demokratischen Fraktionen ein, zukünftig Hand in Hand an den besten Ideen für die Zukunft unserer Heimatstadt zu arbeiten. Im Neusser Stadtrat soll zukünftig der faire Wettstreit um die besten Ideen für Neuss im Vordergrund stehen – und nicht die Farbe der Partei, welche die Idee hatte.

Gemeinsam wollen wir einen Aufbruch in ein neues Jahrzehnt und in eine neue Politik für Neuss wagen und zusammen Gutes für unsere Stadt und die Menschen, die in ihr leben, bewirken: Für eine solidarische, ökologische und moderne Stadt mit Zukunft!

Mit diesem Anspruch schließen wir als SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und UWG/FW - Aktiv für Neuss diesen Kooperationsvertrag für die Jahre 2020-2025.

Sascha Karbowiak

Vorsitzender
SPD Neuss

Susanne Benary

Vorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Carsten Thiel

Vorsitzender
UWG/Freie Wähler Neuss

Arno Jansen

Fraktionsvorsitzender
SPD Neuss

Michael Klinkicht

Fraktionsvorsitzender
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bayram Öz

Vorsitzender
Aktiv für Neuss

Die Zielsetzungen und Vorhaben des vorstehenden Kooperationsvertrages der Parteien und Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, UWG/Freie Wähler Neuss und Aktiv für Neuss werde ich als Mitglied des Rates unterstützen und kooperativ an dessen Umsetzung mitwirken.

Reiner Breuer

Bürgermeister





Stadtplanung

Die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum bleibt auch in den kommenden Jahren eine der dringenden Aufgaben in der Stadt Neuss. Denn jeder zweite Neusser und jede zweite Neusserin hat über einen Wohnberechtigungsschein einen Anspruch auf eine öffentlich-geförderte und somit bezahlbare Wohnung. Aber nur für einen Teil der Neusserinnen und Neusser ist aktuell eine bezahlbare Wohnung verfügbar. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass in den kommenden Jahren bei allen neuen Bauvorhaben möglichst viel bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird.

Auch in unserer Stadt gibt es allerdings seit den 70er-Jahren einen großen Flächenverbrauch. Und viele Bürgerinnen und Bürger sehen die Ausweisung von großflächigen neuen Gewerbegebieten insbesondere vor dem Hintergrund des Klimaschutzes zunehmend kritisch. Außerdem sollen die vielfältigen Ortskerne in unserer Stadt auch zukünftig ihren eigenen Charakter behalten.

Wir stehen daher für eine mutige und zukunftsweisende Stadtplanung und möchten unter anderem mit Projekten wie „Neuss an den Rhein“ unsere Stadt unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln und in eine gute Zukunft führen.

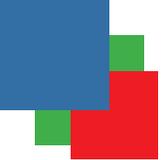
Wir werden die **Quote für den bezahlbaren Wohnraum ausweiten**. Wir streben an, dass zukünftig bei Neubauprojekten ab 15 Wohneinheiten eine Quote in Höhe von 35 Prozent für den öffentlich-geförderten Wohnungsbau oder dem Bau von preisgedämpften Häusern umgesetzt wird. Bei größeren Bauprojekten setzen wir uns dafür ein, dass möglichst jede zweite Wohneinheit als bezahlbare oder öffentlich-geförderte Wohnung oder gefördertes Eigenheim errichtet wird. Die Stadtverwaltung soll in allen Bauprojekten sicherstellen, dass entsprechende Regelungen langfristig rechtlich abgesichert werden – zum Beispiel durch einen Eintrag ins Grundbuch. Bauvorhaben ab 15 Wohneinheiten ohne bezahlbare Mietwohnungen oder förderfähige Eigentumsbildung lehnen wir ab.

Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass in der Stadt Neuss bei allen neuen Bauprojekten der **Fokus auf den Bau weiterer Mehrfamilienhäuser** gerichtet wird, die sich jedoch städtebaulich in die nähere Umgebung einfügen müssen. Denn hierdurch kann deutlich mehr Wohnraum durch weniger Flächeninanspruchnahme geschaffen werden. Hierbei soll auch die aktuelle Mangelsituation für Ein- und Zwei-Personenhaushalte in Mehrfamilienhäusern berücksichtigt werden.

Vor den oben genannten angestrebten Veränderungen werden wir kurzfristig prüfen lassen, in welchen **laufenden Bebauungsplanverfahren** noch Änderungen vorgenommen werden können, um mehr bezahlbaren Wohnraum und zusätzliche Mehrfamilienhäuser schaffen zu können.

Unser Ziel bleibt auch in den kommenden Jahren die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum. Die im **Entwurf des neuen Flächennutzungsplanes aufgeführten Wohnungsbauflächen** sollen aus diesem Grund mit Ausnahme kleinerer Anpassungen erhalten bleiben. Lediglich die kleine Erweiterungsfläche im Bereich Norf-Süd soll nicht weiterverfolgt werden. Außerdem sollen die im Regionalplan (RPD) teilweise neu ausgewiesenen Flächen Grimlinghausen Süd-Ost und Am Schwarzen Graben auch zukünftig nicht in den Flächennutzungsplan der Stadt Neuss übernommen werden. Die Fläche Am Schwarzen Graben bleibt auf Grundlage des 2014 gefassten Beschlusses im Entwurf des Flächennutzungsplanes enthalten. Dem widersprechende Bebauungsplanverfahren werden nicht oder nicht weiter verfolgt.

Angesichts der vielen in der Aufstellung befindlichen Bebauungspläne und der oben genannten Verschärfungen streben wir allerdings zukünftig ein **Flächenmonitoring und eine jährliche Evaluierung der laufenden Baumaßnahmen** an. Das INWIS-Gutachten zur Situation des bezahlbaren Wohnraums in Neuss soll kurzfristig aktualisiert werden. Denn wir möchten auf Grundlage eines fundierten Gutachtens erfahren, wie sich der öffentlich-geförderte Wohnungsbau in den vergangenen Jahren verändert hat, wie viele öffentlich-geförderte Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen sind und wie viele öffentlich-geförderte Wohneinheiten auf wie vielen Flächen bis 2030 gebaut werden müssen, um die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt verbessern zu können. So-



bald das aktualisierte Gutachten und die Evaluierung der Zahlen der insgesamt von 2014 bis 2020 neu erstellten Wohnungen vorliegt, soll auf Grundlage der Ergebnisse geprüft werden, ob überhaupt und auf welchen Flächen zusätzlich zu den eingeleiteten Projekten in den kommenden fünf Jahren weitere Wohnungsbauprojekte entwickelt werden sollen.

Bauprojekte sollen zukünftig möglichst **nicht mehr als „reine Wohngebiete“** entwickelt werden. Wir streben an, zukünftig sogenannte „Mischgebiete“ zu entwickeln, in denen auch nicht störendes Gewerbe, Co-Working-Spaces, soziale Gemeinschaftseinrichtungen und unterschiedliche Wohnformen integriert werden sollen.

Außerdem sollen in zukünftigen Bauprojekten **attraktive Grünflächen** geschaffen werden: Mehr grüne Oasen an den Straßen, kleine Parkflächen und Begleitgrün aus Wildblumen oder naturnaher Gestaltung.

Gegen hohe Immobilienpreise setzen wir auf das **„Münsteraner Modell“ für eine sozialverträgliche Bodennutzung**. Das heißt: Die Stadt Neuss soll Grundstücke zukünftig nicht mehr an Investor*innen verkaufen, die das meiste Geld bieten – sondern an die Investor*innen, die möglichst viele bezahlbare Wohnungen mit günstigen Mieten schaffen. Die Stadt verzichtet also darauf, auf dem Grundstücksmarkt Höchstpreise zu erzielen. Stattdessen wird den günstigen Mieten der Vorrang eingeräumt. In der Verwaltung soll daher frühzeitig an abgestimmten Planungen zum Erwerb von Grundstücken (Wohnen und Gewerbe) gearbeitet werden. Kooperationsmöglichkeiten mit dem Rhein-Kreis Neuss sollen geprüft werden.

Das klimaneutrale Bauen in unserer Stadt soll in den kommenden Jahren eine deutlich stärkere Rolle einnehmen. Daher werden wir für das planungspolitische Leitbild der Stadt Neuss unter Berücksichtigung der Handlungsempfehlungen im Klimaschutzkonzept eine **Definition für klimaneutrales Bauen** erarbeiten. Die Stadt Neuss soll auch hier mit gutem Beispiel vorangehen und städtische Bauvorhaben (Gebäude und Straßen) zukünftig klimaneutral entwickeln. Darüber hinaus sollen neue Bebauungspläne Vorgaben für klimaneutrales Bauen erhalten.

Nur durch den Bau neuer bezahlbarer Wohnungen werden wir die Probleme allerdings nicht schnell genug in den Griff bekommen. Denn neue Wohnungen müssen zunächst einmal gebaut werden und verfügbare Flächen sind auch in unserer Stadt begrenzt. Daher werden wir an einem **„Förderprogramm für bezahlbare Wohnungen“** arbeiten. Durch den Ankauf von sogenannten Belegungsbindungen soll die Stadt Vermieter*innen einen monatlichen Mietzuschuss zahlen, damit die Wohnung im Gegenzug für Neusser*innen mit niedrigem Einkommen bezahlbar bleibt.

Viele Bürger*innen haben sich im Zusammenhang mit den aktuellen Diskussionen über das neue Klimaschutzkonzept der Stadt Neuss ein Umdenken bei der großräumigen Inanspruchnahme von weiteren landwirtschaftlichen Flächen gewünscht. Die bereits im Stadtrat aus dem Entwurf des neuen Flächennutzungsplanes gestrichene **Gewerbegebietserweiterung in Derikum** soll aus diesem Grund auch zukünftig nicht weiterverfolgt werden.

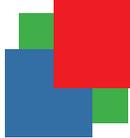
Die **Gewerbebebietsfläche Alu-Norf** an der A57 soll aus Klimaschutzgründen ebenfalls wieder aus dem Flächennutzungsplan gestrichen und wieder als regionaler Grünzug ausgewiesen werden. Anstelle eines ursprünglich angedachten interkommunalen **Gewerbegebietes Morgensternsheide** mit der Stadt Kaarst soll lediglich eine kleinere Gewerbebebietsentwicklung auf Neusser Boden nordöstlich des Holzbüttgener Weges durch die Stadt Neuss geprüft werden.

Das **interkommunale Gewerbegebiet Silbersee** soll nur mitgetragen werden, wenn die Flächen auf Neusser Stadtgebiet lediglich als Ausgleichsfläche/Grünfläche und nicht als Flächen für Gewerbe ausgewiesen werden. Außerdem soll dafür Sorge getragen werden, dass die Konzeption auch auf Dormagener Stadtgebiet die Ansiedlung von großflächigen Unternehmen wie Logistikunternehmen ausschließt.

Mögliche neue Gewerbeflächen, ohne neue interkommunale Gewerbegebiete, sollen in den kommenden Jahren unter Beachtung von ökologischen und sozialen Aspekten innerhalb der Kooperation geprüft werden. Wichtig ist uns, dass mögliche neue Flächen kleinteilig, flächensparend und klimaneutral konzipiert werden. Auf dieser Grundlage werden wir eventuell geeignete Flächen für die Zukunft überprüfen. Hierbei soll für die Vergabe von Grundstücken der entworfene Kriterienkatalog angewandt werden, der insbesondere keine Ansiedlung von großflächigen Unternehmen wie Logistik/Industrielogistik und anderen großflächigen Branchen mehr zulässt

Die Stadt Neuss soll darauf hinwirken, dass sich der neue Flächennutzungsplan auch im Regionalplan widerspiegelt.

Nirgendwo hat Neuss so viel Entwicklungspotenzial wie auf der Achse vom Hafenkopf über den Wendersplatz



bis hin zum Ende des Rennbahnparks. Daher werden wir in den kommenden Jahren unter dem Motto **„Neuss an den Rhein“** die Öffnung der Stadt hin zum Rhein voranbringen.

Den **Rennbahnpark** werden wir als „grüne Lunge“ der Stadt Neuss erhalten und in einen für alle Neusser*innen zugänglichen „Bürgerpark“ mit weiteren Freizeit- und Sportangeboten unter Beachtung von artenschutzrechtlichen, ökologischen und klimatologischen Gesichtspunkten weiterentwickeln. Eine Fortsetzung des Galopprennsports lehnen wir kategorisch ab. Denn das Gelände bietet Raum für Freizeit und Erholung und soll auch ökologisch aufgewertet werden. Außerdem möchten wir das Areal stärker für interessante Events wie beispielsweise ein „Open-Air-Kino“ oder einen regelmäßigen „Streetfood-Markt“ nutzen. Die notwendigen Flächen für das Schützenfest bleiben selbstverständlich erhalten. Außerdem werden wir sicherstellen, dass der neue „Bürgerpark“ geöffnet wird und die Neusser*innen ihn über mehrere Zugänge deutlich einfacher betreten können.

Den **Wendersplatz** werden wir in einen attraktiven und belebten Platzbereich weiterentwickeln, der viele öffentliche Nutzungen ermöglichen soll. Das „Clemens-Sels-Museum“ soll in einem architektonisch hochwertigen „Haus der Kultur“ eine neue Heimat auf dem Wendersplatz finden. Außerdem soll die Errichtung eines möglichen „Hochschul- und Innovations-Campus“ und weiterer Bildungseinrichtungen, wie zum Beispiel die Stadtbibliothek, geprüft werden. Darüber hinaus soll die Integration von Restaurants oder Cafés geprüft werden. Wichtig ist uns hierbei, dass eine Bebauung maßstäblich ist, sich gut in die Umgebung einfügt und hierdurch möglichst geringe negative Auswirkungen auf das Stadtklima resultieren. Aus diesem Grund soll im Vorfeld einer Bebauung eine gutachterliche Untersuchung erfolgen. Die Bürger*innen sollen frühzeitig in die Planungen eingebunden werden.

Um das Projekt „Neuss an den Rhein“ erfolgreich umsetzen zu können, werden wir den Marktplatz fußläufig besser mit dem Wendersplatz und dem Rennbahnpark verbinden. Um attraktive Übergänge zu schaffen, muss die **stark befahrene Straße zwischen Marktplatz und Wendersplatz** in einen **„Shared-Space-Bereich“** umgewandelt und „entschleunigt“ werden. In so einem Bereich werden Autofahrer*innen, Fußgänger*innen und Radfahrer*innen durch eine Geschwindigkeitsreduzierung und der Schaffung attraktiver Platzbereiche gleichberechtigt behandelt. Das Modell der „Gemeinschaftsplätze“ funktioniert und wird seit vielen Jahren erfolgreich in Duisburg umgesetzt.

Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass die seit vielen Jahren geplante **Neugestaltung der Hammer Landstraße** zum Boulevard mit breiten Bürgersteigen, beidseitigen Baumreihen und Radwegen in Angriff genommen wird. Auch der geplante Radschnellweg soll bei den Planungen berücksichtigt werden.

Die **Landesgartenschau im Jahre 2026** ist eine einmalige Chance als Initialzündung für eine ökologische und nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Aus diesem Grund werden wir uns dafür einsetzen, dass die Stadt Neuss sich für die Ausrichtung der Landesgartenschau bewirbt. Denn in der heutigen Zeit ist eine Landesgartenschau keine „Blümchenshow“ mehr. Wichtig bei einer möglichen Konzeption ist uns die Vernetzung und Stärkung der bereits geplanten Grünspange als wertvolle Biotopstruktur im Westen und Süden von Neuss. Der Rennbahnpark soll aus diesem Grund nur ein Teilbereich einer Landesgartenschau-Bewerbung sein. Die Verwaltung werden wir unter diesen Vorgaben kurzfristig beauftragen, eine Bewerbung vorzubereiten und im ersten Schritt eine entsprechende Machbarkeitsstudie zu erstellen.

Eine attraktive, urbane und gut erreichbare Innenstadt ist das Aushängeschild einer modernen Stadt. Die Innenstadt wollen wir daher durch eine **„City-Offensive“** stärken. Dazu gehört, dass in einem ersten Schritt kurzfristig „mehr Grün“ durch Blumenkübel in die Stadt kommt und neue moderne Sitzgelegenheiten aufgestellt werden. Zur Stärkung der Innenstadt soll außerdem das bestehende „Innenstadtstärkungsprogramm“ fortgeführt werden. Unter Beteiligung der Bürger*innen werden wir außerdem an einer städtebaulichen Aufwertung des Bereiches rund um Kaufhof, Konvent, Meerershof und Neumarkt arbeiten. In diesem Kontext soll auch geprüft werden, ob der Meerershof durch die Umwandlung von leerstehenden Ladenlokalen in Wohngebäude nachhaltig belebt werden könnte.

Neuss hat mehr als nur die Innenstadt, denn das Leben in unserer Stadt findet insbesondere in den einzelnen Stadtteilen statt. Und genau aus diesem Grund werden wir uns auch in den kommenden Jahren weiterhin für attraktive und lebenswerte Stadtteile einsetzen. Daher werden wir sicherstellen, dass das auf den Weg gebrachte **„Ortsmittelpunkteprogramm“** im Dialog mit den Neusser*innen konsequent umgesetzt wird und insbesondere die Ortsmittelpunkte modernisiert werden. Nach Abschluss des Programmes im Neusser Süden sollen im nächsten Schritt Stadtteile mit städtebaulichen Defiziten wie Erfttal, Weckhoven oder das Barbaraviertel in den Fokus genommen werden.



Mobilität

Immer mehr Neusserinnen und Neusser wünschen sich eine echte „Mobilitätswende“. Derzeit kommen in Neuss in manchen Stadtteilen auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner mehr als 600 Autos. Um die Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Lärm und Abgase zu verringern und die Klimaneutralität der Stadt Neuss bis 2035 zu erreichen, muss der Bereich Mobilität ein Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit in den Fachausschüssen und im Stadtrat werden. Unser Ziel ist die Neuverteilung der Verkehrsflächen zugunsten von Fußgängerinnen und Fußgängern sowie Radfahrenden und eine Stärkung von Bus und Bahn.

Wir setzen es uns zum Ziel, den Modalsplit für die Bereiche ÖPNV sowie den Fuß- und Fahrradverkehr in der Stadt Neuss bis 2025 um jeweils fünf Prozent zu erhöhen. Bis Ende 2021 werden wir aus diesem Grund einen umfangreichen **Mobilitätsentwicklungsplan** fertigstellen und im Stadtrat verabschieden. Hierbei soll auch ein Maßnahmenkatalog zum Erreichen der Ziele mit konkreten Schritten und Finanzierungsplänen entwickelt werden. Die Bürger*innen unserer Stadt sollen eng in den Prozess eingebunden werden.

In dem Mobilitätsentwicklungsplan soll auch an einem flächendeckenden Radwegenetz mit konkreten Ausbauplänen und an weiteren Verbesserungen für das ÖPNV-Netz gearbeitet werden. Außerdem müssen die auf den Weg gebrachten **Mobilitätsstationen** über das Stadtgebiet verteilt an Verkehrsknotenpunkten und in den Gewerbegebieten ausgebaut werden. Wir streben an, dass jedes Jahr fünf Mobilitätsstationen (dabei mindestens eine Station in den Gewerbegebieten) errichtet werden.

Alle Vorhaben im Bereich Stadtentwicklung und Verkehr sollen zukünftig wenn möglich innerhalb der Verwaltung mit einem Vorrang für Bus, Bahn, Fuß- und Radverkehr gedacht werden. Daher soll kurzfristig in der Verwaltung ein **Mobilitätsbeauftragter** ernannt werden, der unter anderem ein städtisches Mobilitätsmanagement als Teil der integrierten Verkehrsplanung unter Einbeziehung der Ziele des Zukunftsnetzwerkes Mobilität etablieren soll. Außerdem soll bei allen Neubaugebieten schon in der Planungsphase an modernen Mobilitätskonzepten nach dem Vorbild des Inbus-Viertels gearbeitet werden.

Zur stärkeren Förderung des Radverkehrs sollen ab dem kommenden Jahr 2021 im Haushalt die Mittel für die **Instandsetzung der Radwege** aus dem bestehenden Budget des Tiefbaumangements verdoppelt werden.

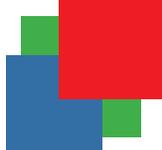
Viele Neusser*innen wünschen sich außerdem bessere und saubere Radwege. Aus diesem Grund werden wir ein **Konzept zur besseren und schnelleren Pflege und Sanierung der Radwege** erarbeiten lassen. Den „Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club“ (ADFC) werden wir in die Konzepterstellung einbinden.

Im kommenden Jahr sollen in der Stadt Neuss erste **Fahrradstraßen** angelegt und in Betrieb genommen werden. In einem ersten Schritt möchten wir die Kanalstraße oder die Drususallee in den Blick nehmen und anschließend weitere Fahrradstraßen ausweisen.

Ebenfalls im kommenden Jahr möchten wir prüfen, welche weiteren **Einbahnstraßen** in unserer Stadt zeitnah gegenläufig für Radfahrer*innen geöffnet werden können. Außerdem möchten wir prüfen, inwieweit möglichst **alle innerstädtischen Plätze** für die Fahrradnutzung freigegeben werden können.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass **Radwege für Radfahrer*innen sicherer werden**. Wo möglich sollen neue Radwege nicht mehr in Form von Fahrradschutzstreifen geplant, sondern mindestens 200 cm breit und möglichst vom motorisierten Verkehr abgegrenzt geplant werden, beispielsweise in Form von sogenannten Protected Bike Lanes.

Wir werden uns weiter für eine bessere Fahrradinfrastruktur einsetzen. In der Innenstadt und den Stadtteilen müssen weitere **Fahrradabstellplätze und Abstellflächen für Lastenfahrräder** geschaffen werden, zum Beispiel in den Schulen oder an stark frequentierten Bushaltestellen. Um die Fahrräder deutlich besser schützen zu können, sollen außerdem möglichst viele Abstellplätze überdacht werden.



Darüber hinaus sollen an ÖPNV-Knotenpunkten in den Stadtteilen zeitnah **moderne Fahrradboxen** geschaffen und die in die Jahre gekommenen vorhandenen Fahrradboxen ersetzt werden. Wichtig ist uns hierbei, dass die Fahrradboxen auch kurzfristig und ohne Mietvertrag genutzt werden können.

In vielen Häusern in der Innenstadt und den anderen Stadtteilen gibt es häufig kaum Platz für die Unterbringung der Fahrräder. Daher werden wir uns dafür einsetzen, Projekte wie **bewirtschaftete Quartiersgaragen für Fahrräder oder abschließbare Fahrradabstellanlagen** auf öffentlichem Grund zur Nutzung von angrenzenden Mehrfamilienhäusern für Anwohner*innen zu fördern und umzusetzen. Hierzu soll noch im kommenden Jahr ein entsprechendes Modellprojekt auf den Weg gebracht werden, beispielsweise im Gründerzeitviertel.

Die **Radstation am Neusser Hauptbahnhof** werden wir weiter stärken. Wir werden eine Ausweitung der Öffnungszeiten prüfen, Angebote wie die Ausleihe von Pedelecs oder Lastenfahrrädern weiter ausbauen und auch eine bauliche Erweiterung der Radstation am jetzigen Standort in Richtung Furtherstraße oder über eine Dependence am Nordausgang des Bahnhofs unterstützen.

Außerdem möchten wir prüfen lassen, ob auch in der Stadt Neuss nach dem Vorbild anderer Städte an den Verkehrsknotenpunkten oder in dicht besiedelten Stadtteilen **„Bike-Sharing-Angebote“** aufgebaut werden können. In diesem Kontext soll auch geprüft werden, ob Synergien mit der Neusser Radstation genutzt werden können.

In der Straßenverkehrsordnung gibt es die Möglichkeit, einen **„Grünen Pfeil“ für Radfahrer*innen** einzurichten. Ziel dieser neuen Regelung ist die Beschleunigung und Stärkung des Radverkehrs. Denn bisher müssen Radfahrer*innen oft vor roten Ampeln warten, obwohl sie als Rechtsabbieger hätten weiterfahren können. Durch die Anbringung von neuen Grünpfeilschildern in geeigneten Kreuzungsbereichen dürfen Radfahrer*innen zukünftig auch dann rechts abbiegen, wenn eine Ampel rot leuchtet. Voraussetzung ist, dass Radfahrer*innen warten bis die Kreuzung frei ist und niemanden gefährden. Daher werden wir prüfen, ob es auch in unserer Stadt geeignete Kreuzungsbereiche gibt.

Wir möchten bis Ende 2021 erste **Schritte zu einer autoreduzierten Innenstadt** gehen, um die Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen durch neue urbane Räume erhöhen zu können und die Entwicklungsmöglichkeiten für Geschäfte und Restaurants schrittweise verbessern zu können. Den Bereich zwischen Sebastianusstraße und Glockhammer werden wir daher als Fußgänger- und Radfahrer-Zone ausweisen und analog zum Hauptstraßenzug so weit wie möglich für den Autoverkehr sperren. Die Bürger*innen und die Innenstadt-Akteur*innen werden wir an dem Prozess beteiligen – beispielsweise im Rahmen eines Verkehrsversuches.

Um die gravierenden Verkehrsprobleme in der Hymgasse und die Situation für Rettungsfahrzeuge zu verbessern, streben wir auf Grundlage der Beratungen in der interfraktionellen Arbeitsgruppe **„Urbane Mobilität“** eine **Sperrung der Hymgasse für den Autoverkehr** an.

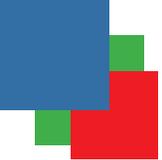
Als weitere Maßnahme möchten wir die **Michaelstraße und die Hamtorstraße** nach Möglichkeit bis Ende 2021 weitgehend von parkenden Autos befreien, denn an beiden Straßen sind die Gehwege seit vielen Jahren zu schmal.

Darüber hinaus möchten wir im kommenden Jahr konkrete Schritte einleiten, um an geeigneten Straßen **längere Ampelschaltungen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen** einrichten zu können. Hierzu werden wir an einem konkreten Ausbauplan arbeiten und prüfen, an welchen Straßen konkrete Verbesserungen möglich sind.

Auch die **Barrierefreiheit im öffentlichen Raum** werden wir weiter ausbauen. In den Kreuzungsbereichen in unserer Stadt müssen daher in den kommenden Jahren weitere barrierefreie Übergänge geschaffen werden. Daher werden wir dafür sorgen, dass im ersten Schritt ein eigenes Budget für kleinere Reparaturen oder Anpassungen im städtischen Haushalt bereitgestellt wird.

Wir möchten mehr Neusser*innen für die Nutzung von Bussen und Bahnen gewinnen. In einem ersten Schritt wollen wir insbesondere für die vielen Pendler*innen zwischen Düsseldorf und Neuss die **durch die Wabe 521 verursachte Preisstufe B** zum nächstmöglichen Zeitpunkt abschaffen und einen gemeinsamen Finanzierungsvorschlag erarbeiten.

Außerdem werden wir uns im VRR und auf Landes- und Bundesebene weiterhin dafür einsetzen, dass die **Ticketpreise für Busse und Bahnen** gesenkt werden können. Angebote wie das digitale „nextTicket“ werden wir daher auch zukünftig unterstützen und fördern. Außerdem möchten wir prüfen lassen, ob nach dem Vorbild des VRS das Sozialticket zukünftig im VRR ebenfalls als vergünstigter Einzelfahrtschein oder in der Preisstufe A, B, C und D (analog des Tickets2000) angeboten werden kann. Darüber hinaus werden wir uns weiterhin für ein 365-Euro-Jahresticket einsetzen.



Neuss braucht ein **leistungstarkes und flächendeckendes Netz aus Bussen und Bahnen**. Stadtteile und Straßenzüge, die bislang nur unzureichend an Busse oder Bahnen angebunden sind, müssen zukünftig eine deutlich bessere Anbindung an Mobilitätszentren erhalten. Wir möchten die Taktfrequenzen bei den innerstädtischen Bussen in den Spitzenzeiten sowie in den Abendstunden und am Wochenende ausweiten.

Die bestehenden Bus- und Bahnlinien werden wir optimieren. Denn viele Neusser*innen wünschen sich **direktere Anbindungen mit weniger Schleifenfahrten** in die Innenstadt und die unmittelbar benachbarten Stadtteile. Daher werden wir im Rahmen des bis Ende 2021 zu erstellenden Mobilitätsentwicklungsplanes prüfen, in welchen Stadtteilen Anpassungen vorgenommen werden müssen und eventuell auch zusätzliche Buslinien eingerichtet werden müssen.

Auch die Bürger*innen in kleineren Stadtteilen wie Bettikum, Elvekum, Dirkes, oder Lanzerath haben einen Anspruch, an das ÖPNV-Netz angeschlossen zu sein. Daher möchten wir gemeinsam mit den Stadtwerken prüfen lassen, ob hier in einem ersten Schritt Angebote wie **Taxibusse oder Kleinbusse** eingesetzt werden können. Auch neue Wege wie „**On-Demand**“-**Busangebote** oder Bürgerbusse werden von uns unterstützt. Hier wollen wir an konkreten Umsetzungsmöglichkeiten arbeiten.

In Zusammenarbeit mit dem Rhein-Kreis Neuss möchten wir außerdem prüfen lassen, ob höhere Taktfrequenzen für die **Busse von und zu den Nachbarkommunen** geschaffen werden können. Angestrebt werden soll ein halbstündlicher Einsatz.

Viele Bürger*innen sind grundsätzlich dazu bereit, den Weg zur Arbeit häufiger mit Bussen und Bahnen zurückzulegen. Daher werden wir die Gewerbegebiete deutlich besser an das Bus- und Bahnnetz anschließen und **an Pendlerkonzepten arbeiten**. Darüber hinaus müssen die Abfahrtszeiten von Bussen und Bahnen besser aufeinander abgestimmt werden.

Mit der SB53 wurde im August 2020 eine erste Schnellbus-Linie in der Stadt Neuss eingeführt. Das darf allerdings nur der Anfang sein – denn es müssen in Zusammenarbeit mit den angrenzenden Städten **weitere Schnellbuslinien** geschaffen werden oder weitere Stadtteile an die bestehende Schnellbuslinie angedockt werden.

Außerdem möchten wir prüfen lassen, ob in der Stadt Neuss eine **E-Citybuslinie als Ringlinie durch die Innenstadtquartiere** eingerichtet werden könnte, die auch Verkehrsknotenpunkte und größere Bereiche wie die Stadthalle oder den Rennbahnpark anfahren könnte. Hierzu möchten wir in einem ersten Schritt prüfen lassen, ob die Linie auch als VRR-unabhängige Linie eingerichtet werden könnte, beispielsweise in Form einer Machbarkeitsstudie.

Wir werden außerdem prüfen lassen, ob für den Kino-Komplex, das Parkhaus oder das zukünftige Wohnprojekt auf dem ehemaligen Werhahn-Areal eine **ÖPNV-Anbindung über Batteriestraße und Rheintorstraße** umgesetzt werden kann.

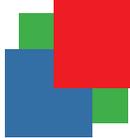
Auch den **barrierefreien Umbau der Bus- und Bahnhaltstellen** werden wir konsequent fortsetzen. Daher werden wir prüfen, durch welche Maßnahmen pro Jahr mehr Haltestellen barrierefrei umgerüstet werden können.

Um mehr Neusser*innen für die Nutzung von Bus und Bahn gewinnen zu können, möchten wir mit den Stadtwerken an positiven Anreizen arbeiten. Denkbar wäre beispielsweise die Einführung eines autofreien Tages mit kostenloser ÖPNV-Nutzung oder eine **kostenlose ÖPNV-Nutzung** bei den Stadtfesten.

Gemeinsam mit zu beteiligenden Akteur*innen werden wir daran arbeiten, dass das **S-Bahn-Netz** in Richtung Grevenbroich und die Regiobahn bis nach Viersen mit weiteren Haltestellen in Neuss wie beispielsweise am Konrad-Adenauer-Ring verlängert werden kann. In diesem Kontext werden wir weiterhin an einer zügigen Umsetzung des seit vielen Jahren geplanten **Regiobahn-Haltepunktes an der Morgensternsheide** arbeiten. Auch den geplanten zusätzlichen **S-Bahn-Haltepunkt an der Museumsinsel** werden wir unterstützen.

Wir sprechen uns für den **Erhalt und den Ausbau des Straßenbahnnetzes** in der Stadt Neuss aus. Die Linie 709 soll auch zukünftig durch den Hauptstraßenzug in der Innenstadt führen und die Linie U75 auch am Hauptbahnhof halten. Unter dieser Prämisse möchten wir in den kommenden Jahren an konkreten Verbesserungen arbeiten.

Gemeinsam mit allen beteiligten Akteur*innenn sollen nach Möglichkeit bereits im kommenden Jahr konkrete Schritte zur **Führung der Straßenbahnlinie 709 über den Alexianerplatz** und den Hammfelddamm eingeleitet werden. Außerdem möchten wir prüfen lassen, ob eine **engere Taktung der Fahrtzeiten** der Linie 709 in den Abendstunden und am Wochenende zu einem höheren Fahrgastaufkommen führen kann.



Im Zusammenhang mit der geplanten **Neukonzeption des Theodor-Heuss-Platzes** soll an einem Ausbau von zwei vom Niveau her unterschiedlichen barrierefreien Bahnsteigen für die Linie 709 und die U75 am Hauptbahnhof gearbeitet werden. In diesem Kontext soll auch an einer Neuverteilung der Verkehrsfläche mit einer möglichen einspurigen Verkehrsführung für die Autos gearbeitet werden, um weitere Verbesserungen für den Radverkehr umzusetzen, beispielsweise in Form von Protected Bike Lanes.

Wir unterstützen die Pläne, die **Linie U81 nach Neuss** zu holen und sie entlang des Hafenbeckens zu verlängern. Außerdem soll auch eine **Verlängerung der Linie U75** geprüft werden. Voraussetzung für die Umsetzung der Projekte wäre eine Verlagerung des Notgleises sowie die Planung und der Bau einer neuen Brücke für die Bahn-Infrastruktur im Hafengebiet mit einem Fuß- und Radweg über das Hafenbecken.

In der Nähe von stark benutzten Haltestellen sollen **neue „Park & Ride“-Parkplätze** geschaffen werden. Insbesondere Pendler*innen sollen die Möglichkeit erhalten, ihr Auto oder Fahrrad am Stadtrand abzustellen und anschließend mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Innenstadt zu gelangen.

Darüber hinaus werden wir prüfen lassen, auf welchen Straßen im Stadtgebiet es rechtlich zulässig wäre, **weitere Tempo-30- oder Tempo-40-Straßen** einzurichten. Bereits im kommenden Jahr sollen erste Geschwindigkeitsbegrenzungen auf geeigneten Straßen umgesetzt werden, um die Verkehrssicherheit erhöhen zu können. Geprüft werden sollen Tempo-30 oder Tempo-40-Straßen auf Nordkanalallee, Selikumer Weg, An der Obererft, Schillerstraße und Weingartstraße. Denn die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass durch zusätzliche Geschwindigkeitsbegrenzungen auch der Verkehr deutlich flüssiger fließt und weniger Lärm verursacht wird. In diesem Zusammenhang soll auch an Maßnahmen gearbeitet werden, um die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzungen sicherstellen und beispielsweise illegale Autorennen unterbinden zu können.

Um die **Lieferverkehre in die Innenstadt reduzieren** zu können, werden wir uns weiterhin für die Entwicklung von Micro-Depots einsetzen. Hierdurch soll es ermöglicht werden, dass die „letzte Meile“ zu den Kund*innen zukünftig mit kleinen Lieferfahrzeugen wie E-Lastenfahrrädern zurückgelegt wird.

Wir möchten auch zukünftig Maßnahmen unterstützen, um die **Parksuchverkehre in der Innenstadt** zu reduzieren und die Bürger*innen von der Nutzung der städtischen Parkhäuser zu überzeugen. Die kostenfreie erste Stunde in den Parkhäusern soll daher im Jahr 2021 bestehen bleiben. Für 2022 werden wir gemeinsam an einer Neukonzeption arbeiten, in der dann auch die Parkgebühren im öffentlichen Raum erhöht werden sollen.

Auch den **Ausbau der Elektromobilität** und den **Aufbau eines Carsharing-Angebotes** werden wir gemeinsam unterstützen. Wir streben an, dass bis Ende 2025 alle Stadtteile über mindestens einen Standort einer Elektro-Ladestation und eines Elektro-Pkws verfügen.

Wir werden einen Prozess zur langfristigen und schrittweisen **Reduzierung der Parkplätze im Straßenraum** zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und zur Stärkung der Radfahrer*innen und Fußgänger*innen auf den Weg bringen. Die Bürger*innen werden wir an dem Prozess frühzeitig beteiligen und unter anderem im Rahmen des zu erstellenden Mobilitätsentwicklungsplanes an konkreten Maßnahmen arbeiten.

Wir möchten alle Möglichkeiten umsetzen, durch die **Verkehrsunfälle** verhindert werden können. Daher werden wir prüfen lassen, ob die Verkehrssicherheit durch Maßnahmen wie der Installation von „LKW-Sichtspiegeln“, Abbiegeassistenten vorrichtungen oder „Bike-Flash-Systemen“ an Kreuzungen verbessert werden kann. Ein entsprechendes Konzept werden wir in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung erarbeiten.



Umwelt, Natur, Klima, Energie

Der Klimawandel betrifft uns alle. Schon heute sind extreme Wettererscheinungen wie Dürre, Flut oder Kälte zu beobachten. Es liegt auch an uns, das Ausmaß des Klimawandels zu begrenzen. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, um das Ziel des Pariser Klimaabkommens – die Einhaltung des 1,5-Grad-Zieles – auf kommunaler Ebene umzusetzen. Darauf aufbauend wollen wir den Klima-, Natur- und Umweltschutz in unserer Stadt deutlich stärken. Unser Ziel ist das Erreichen der Klimaneutralität unserer Stadt bis spätestens 2035.

Das von der Verwaltung vorgelegte **Klimaschutzkonzept** wollen wir in modifizierter Form und unter Beachtung der vom Stadtrat bereits auf den Weg gebrachten Änderungen beschließen. Erste Maßnahmen der im Konzept vorgelegten Top-Ten-Liste sollen baldmöglichst unter Berücksichtigung eines bis zu den Haushaltsberatungen für 2021 vorgelegten Maßnahmenkataloges umgesetzt werden.

Um eine Vernetzung und Koordination zwischen Zivilgesellschaft, Politik, Stadt und städtischen Töchtern zu gewährleisten, **gründen wir einen Klimaschutzbeirat** als dem Stadtrat zugeordnetes Gremium. Dieser soll federführend vom für Klimaschutz zuständigen Beigeordneten begleitet werden. Geleitet werden soll der Klimaschutzbeirat von einer neutralen Person mit fachlichem Hintergrund. In dem Gremium sollen externe Expert*innen und Vertreter*innen der Bürger*innenschaft (zum Beispiel Fridays for Future) eingebunden werden.

Zur Finanzierung der Klimaschutz-Maßnahmen bis zum Jahr 2035 werden wir einen **Klimaschutzfonds** im Finanzplan einrichten und in einem ersten Schritt **mit 25 Millionen Euro** ausstatten. Ziel des Fonds muss sein, auch überjährig Gelder für investive Maßnahmen bereitstellen zu können, ohne auf die Haushaltsberatungen warten zu müssen. Über die Verwendung der Mittel entscheidet der Rat. Außerdem möchten wir es Bürger*innen und Unternehmen ermöglichen, sich durch entsprechende Einlagen am städtischen Klimaschutzfonds (z.B. Bürgerfonds) zu beteiligen.

Wir starten eine **kommunale Offensive für den Ausbau von Photovoltaik, Solar- und Geo-Thermie**. Dazu soll es in Zusammenarbeit mit Bauverein und GWG Förderprogramme insbesondere für öffentlich-geförderte Wohnungen geben.

Auch die Stadt Neuss wird bei ihren Gebäuden sicherstellen, dass **moderne Energiesysteme** für regenerative Energien **bei allen Neubauten oder Sanierungen** berücksichtigt werden. Dazu werden wir auf Basis eines Gutachtens das Gebäudemanagement beauftragen, die Erstellung eines Sanierungsfahrplanes zu entwickeln. Alle Neubauten der Stadt und ihrer Töchter sollen mit regenerativer Energieversorgung ausgestattet werden.

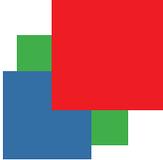
Wir werden bei allen neuen Baugebieten **in den Bebauungsplanverfahren** sicherstellen, dass moderne Energiesysteme wie **Solarthermie und Photovoltaik verbindlich geregelt** werden. In einer ersten Übersicht soll die Verwaltung entsprechende Möglichkeiten vorlegen und einen Fahrplan mit klaren Zielvorgaben zur Photovoltaik und Solar-Thermie erarbeiten.

Gemeinsam mit den Stadtwerken werden wir weiter an Lösungen arbeiten, um auch **private Flächen wie Dächer anmieten zu können**, die dann für die Errichtung von Solaranlagen genutzt werden könnten.

Es soll interkommunal geprüft werden, ob **im Rhein-Kreis Neuss weitere Standorte für Windkraftanlagen** möglich sind und die Stadtwerke sich daran beteiligen können.

Wir werden eine kommunale **Offensive für Gebäudesanierungen** in Neuss starten. Mit allen relevanten Akteur*innen soll eine Kooperation für den Ausbau der regenerativen Wärmeversorgung angestrebt werden. Dazu wollen wir eine Energieagentur für Beratung, Umsetzung, technische Koordination, Förderung und Finanzierungsberatung nach dem Vorbild der Stadt Bottrop initiieren.

Für die Bürger*innen werden wir **Beratungs- und Förderprogramme zur energetischen Sanierung** auflegen. Unser Ziel ist eine Erhöhung der privaten Sanierungsquote. Dabei werden wir die Stadtwerke mit zum Teil schon bestehenden Beratungsprogrammen einbinden.



Die **Dach- und Fassaden-Begrünung** wollen wir weiter ausdehnen und hierzu auch neue Flächen, beispielsweise auf Bushaltestellen, nutzen.

Die Umrüstung der öffentlichen Beleuchtung auf **dimmbare und insektenfreundliche LED-Lampen** werden wir forcieren. Mit den zuständigen Fachämtern werden wir uns dabei auf einen konkreten Fahrplan für die nächsten 5 Jahre verständigen.

Wir wollen **jährlich 1.000 neue Bäume** pflanzen und dabei gefällte Bäume möglichst innerhalb eines Jahres ersetzen. Wildblumenwiesen, Wildnisflächen und Blühstreifen mit Wildsaaten wollen wir ausweiten.

Wir wollen **lokale und ökologisch arbeitende Marktbesucher unterstützen**, um die vorhandenen Wochenmärkte zu erhalten und eventuell neue Märkte initiieren zu können. Wir werden prüfen, inwiefern Rabatte für diese Besucher rechtlich möglich sind.

Gerade in verdichteten Quartieren tragen **Steingärten** zur Erhöhung der Temperaturen in den Sommermonaten bei. Diese wollen wir **reduzieren** und sie daher in künftigen Bebauungsplänen ausschließen. Für vorhandene Steingärten wollen wir ein Programm mit Anreizen zur Umwandlung in „Grüngärten“ prüfen.

Die Gebührenstruktur der **Abwassergebühren** stellen wir im Hinblick auf versiegelte Flächen **auf den Prüfstand** und passen sie gegebenenfalls an aktuelle Erfordernisse an. Wir möchten, dass konsequenter gegen illegale Flächenversiegelung vorgegangen wird.

Wir forcieren die **Einrichtung von öffentlichen Trinkbrunnen** in der Stadt. Neben einem zusätzlichen Brunnen in der Innenstadt und fünf weiteren in den Stadtteilen bis 2025 wollen wir weitere bedarfsabhängig schaffen. Denkbar ist hierbei auch die Kooperation mit Initiativen wie Refill Deutschland.

Die **Stadtwerke und ihre Töchter** sollen bis 2030 ausschließlich **Tarife mit erneuerbaren Energien** anbieten. Die Stadtwerke müssen einen Bericht vorlegen, aus dem hervorgeht, wie hoch der Energieverbrauch der privaten Haushalte in Neuss ist. Der so ermittelte Strombedarf soll bis 2035 mittels Investitionen oder dezentraler Stromproduktion in der Stadt Neuss regenerativ erzeugt werden. Ziel ist es, den Strombedarf der Bürger*innen vollständig aus erneuerbaren Energien zu gewinnen

Zur **Verbesserung der Sauberkeit** initiieren wir eine Kampagne unter Einbindung von ZIN, Umweltinitiativen, Neusser Schulen und weiteren Akteur*innen. Wo Bedarf besteht, wollen wir **mehr Mülleimer** aufstellen, die zudem „vogelsicher“ sind. Wo stärkerer Publikumsverkehr herrscht, sollen diese Mülleimer ergänzend Pfandringe für Pfandflaschen aufweisen. Unser Ziel sind 200 moderne und vogelsichere Mülleimer in allen Stadtteilen, in Grünflächen und stark frequentierten Bereichen wie etwa an Haltestellen.

Wir werden **Hundekotbeutelspender** der Stadt mit ökologisch abbaubaren Beuteln aufstellen – zum Beispiel neben städtischen Hundausläufflächen und stark frequentierten Parks. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob hierbei auch ein Paten- und Sponsoren-System geschaffen werden kann.

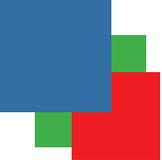
Zur Müllreduzierung wollen wir **Plastikabfall vermeiden**. Insbesondere bei allen städtischen Veranstaltungen wollen wir den vollständigen Verzicht auf Einweg-Plastikbesteck und -Geschirr. Für andere Veranstalter schaffen wir eine Regelung gemeinsam mit Neuss Marketing.

Illegalem Müll und **wilden Müllkippen sagen wir den Kampf an**. Wir wollen Müllverursacher durch „Müll-Detektive“ ermitteln. Zusätzlich schaffen wir Wege, durch die private Haushalte, beispielsweise durch ein Gutscheinsystem, bei der privaten Anlieferung an der Deponie unterstützt werden.

Wir wollen den **Natur- und Umweltschutz in unserer Stadt stärken** und nachhaltig aufstellen. Das Freiflächen- und Grünflächenmanagement der Stadt Neuss muss konsequent an Ökologie, Biodiversität und Stadtklimaverbesserung sowie der Nutzung durch die Bürger*innen ausgerichtet werden.

Durch eine **Zusammenlegung von Grünflächenplanung und -pflege** im Umwelt-Dezernat soll sichergestellt werden, dass Planungen unter ökologischen und artenschutzfachlichen Gesichtspunkten erfolgen und der Bereich „aus einer Hand“ organisiert wird.

Alle Grünflächen, darunter auch die grünen Infrastrukturflächen und Sportanlagen, sind im Grünflächenkataster erfasst und sollen bis Ende 2021 nach einem **verbindlichen, ökologisch ausgerichteten Pflegeplan** nach Stufen und unterschiedlichen Nutzungsarten gepflegt werden. So soll beispielsweise keine Mahd von blühenden Wiesen oder



Deichen und eine Kontrolle der Blühstreifen auf städtischen Äckern erfolgen. Zur Verbesserung der Artenvielfalt und des Insektenschutzes sollen weitere Wildnisflächen angelegt und Konzepte, wie etwa die gemeinsame Initiative des Bundesamtes für Naturschutz und des Städte- und Gemeindebundes, auf Umsetzbarkeit in Neuss geprüft und sukzessive umgesetzt werden.

Der Biotopverbund wird aufgrund aktueller Kartierungen entwickelt, so dass **Arten- und Naturschutz gestärkt** werden. Wo nötig und möglich sollen Grundstücke gekauft werden. Die Grünentwicklungsplanung der Stadt Neuss wird umgesetzt und entwickelt.

Der **ökologische Zustand der Gewässer** der Stadt Neuss wird erfasst und ein Konzept nebst Zeitplan zur Verbesserung der Ökologie und die Einbindung in den Biotopverbund erstellt.

Zur Sicherung der Trinkwassergewinnung durch Grundwasserschutz soll eine **Bebauung in Wasserschutzzonen IIIa** nur in Ausnahmefällen in Abwägung aller relevanten Belange erfolgen.

Auf den **Einsatz von Pestiziden** soll verzichtet werden, um den Grundwasserschutz zu stärken. Felder, Wiesen und Wälder in städtischem Besitz sollen nach ökologischen Standards bewirtschaftet und gepflegt werden. Pachtverträge werden wir daher an die ökologischen Erfordernisse (zum Beispiel Grundwasserschutz, Nitrateintrag, Insektenschutz, Minimierung Pestizide) anpassen und Verbundstreifen mit gemeinsamen Kriterien schaffen.

Mit der Veröffentlichung eines Katasters im Sinne des Open Data wollen wir interaktiv zeigen, **an welchen Stellen im Stadtgebiet Ausgleichsflächen** für Planungsvorhaben geschaffen wurden. Hiermit soll Transparenz für die Politik und die Bürger*innen geschaffen und die Überplanung von Ausgleichsflächen durch neue Planungen verhindert werden.

Frischlufschneisen und Kaltluftflächen sollen gesichert werden. Ein regelmäßiges Monitoring der städtischen Temperaturentwicklung soll Bestandteil des Klimaanpassungskonzeptes sein. Wir wollen innovative Konzepte wie Tiny Forests und Piko Parks zur Entwicklung neuer Grünflächen prüfen.

Der **Luftreinhalteplan** wird weiter **konsequent umgesetzt**, weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität werden wir gemeinsam prüfen. Wir wollen eine deutliche Unterschreitung der Grenzwerte beim Feinstaub und bei Stickoxiden.

Wir erkennen die außerordentlich wichtige wirtschaftliche und logistische **Bedeutung des Flughafens Düsseldorf** für unsere Region an. In diesem Zusammenhang unterstützen wir natürlich auch die Bemühungen des Flughafens, sich zukunftsfähig aufzustellen. Dies darf jedoch nicht einseitig auf Kosten der hier lebenden Menschen geschehen. Daher unterstützen wir auch weiterhin die vom Rat der Stadt Neuss beschlossene Resolution und sprechen uns gegen eine Erhöhung der Flugbewegungen und insbesondere die Ausweitung der Betriebserlaubnis in die Nacht oder den frühen Morgen aus, um die Bürger*innen vor allem im Neusser Norden nicht weiter durch zusätzlichen Fluglärm zu belasten.

Wir befürworten **Urban Gardening an geeigneten Stellen** und prüfen, wo weitere Flächen hierfür freigegeben werden können. Dabei sind wir natürlich offen für die Anregungen aus der Bürger*innenschaft.

Tierschutz ist uns ein Anliegen. Galopprennen haben daher in Neuss keine Zukunft mehr. Das Tierheim in Bettikum werden wir auch weiterhin fördern, ebenso wie die Katzenkastration. Außerdem möchten wir prüfen lassen, ob gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem Rhein-Kreis Neuss eine Tierklinik in Neuss eingerichtet werden kann. In diesem Kontext soll auch die mögliche Errichtung einer Wildtierauffangstation geprüft werden. Wir wollen die Gefahr des Vogelschlags an Glasfassaden minimieren. Hierzu sollen städtische Glasfassaden nachgerüstet werden. Eigentümer*innen privater Glasfassaden werden aufgefordert, diese ebenfalls nachzurüsten. Für Gebäudebrüter wollen wir ein Programm nach dem Vorbild der Biostation Ruhr erarbeiten.



Jugend

Unsere Stadt braucht starke und selbstbewusste Kinder und Jugendliche, die gerne in dieser Stadt leben wollen. Sie sind unsere Zukunft und ein Pfeiler unseres Gemeinwesens. Alle Kinder und Jugendliche sollten unabhängig von ihrer Herkunft an Bildung und Freizeit teilhaben können und dabei aktive Unterstützung erfahren. Soziale Ausgrenzung muss früh verhindert werden. Wir unterstützen die unterschiedlichen familiären Systeme, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen. Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume, in denen sie sich bewegen und treffen können. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen ist für uns ein zentraler Aspekt.

Wir wollen die Sozial- und Jugendarbeit in der Stadt Neuss stärken und bedarfsorientiert weiterentwickeln. Globale Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich lehnen wir auch in Zeiten knapper Kassen ab, denn die Vielfalt unseres Leistungsangebotes muss dauerhaft und sozial gerecht erhalten werden.

Die **Trägervielfalt in unserer Stadt** ist ein hohes Gut, welches wir in den kommenden Jahren erhalten und unterstützen möchten. Daher werden wir weiterhin unseren Beitrag dazu leisten, dass alle Träger mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden und möglichst langfristige Verträge erhalten, um Planungssicherheit zu gewährleisten.

Um einen Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut zu leisten, werden wir ein **flächendeckendes Netz an „Präventionsketten“** in den Stadtteilen knüpfen. Dadurch soll Familien nach dem Motto „Vorbeugen ist besser als heilen“ geholfen werden, bevor schwerwiegende Probleme auftreten.

Die **Interessen von Kindern und Jugendlichen** sollen weiter in der Stadtplanung berücksichtigt werden. Bei allen neuen Planungen müssen Kitas, Schulen, Kinderspiel- und Bolzplätze sowie Freiräume für Kinder und Jugendliche berücksichtigt werden.

Wir werden gemeinsam eine **Ausbau- und Sanierungsoffensive für Kinderspiel- und Bolzplätze** auf den Weg bringen. Bei der Planung sollen die Kinder und Jugendlichen frühzeitig beteiligt werden, um eigene Ideen und Wünsche in die Planungen einbringen zu können.

Da der Beratungsbedarf von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen steigt, setzen wir uns für eine Stärkung und den **Ausbau der Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und Familien** (bspw. der Jugendberatungsstelle Neuss der Diakonie) ein. Präventive Konzepte zur Vermeidung von häuslicher und sexualisierter Gewalt möchten wir ebenfalls stärken.

Kinder und Jugendliche werden wir deutlich stärker in die politischen Entscheidungsprozesse einbinden. Dafür möchten wir es den Kindern und Jugendlichen ermöglichen, ein eigenes „Neusser Modell“ zu entwickeln. Denn die Kinder und Jugendlichen sollen selbst entscheiden, wie sie sich Partizipation in ihrer Heimatstadt vorstellen. Die im Jugendhilfeausschuss auf den Weg gebrachten Beschlüsse zur **stärkeren Partizipation von Kindern und Jugendlichen** sollen daher sobald wie möglich umgesetzt werden.

Die **Jugendzentren in der Stadt Neuss** sind wichtige Anlaufstellen für die Kinder und Jugendlichen und sollen daher weiterentwickelt werden. In Stadtteilen, in denen nicht ausreichend Angebote vorhanden sind, werden wir gemeinsam an Verbesserungen arbeiten (beispielsweise durch die Modernisierung des Kirmesplatzes in Erfttal). In diesem Zusammenhang sollen weitere Konzepte zur Inklusion und Integration von Kindern und Jugendlichen erarbeitet werden. Die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung müssen für die Jugendarbeit noch stärker genutzt werden.

Bildung sollte von der Kita bis zur Uni oder zur Ausbildung kostenlos sein. Daher halten wir an der **Abschaffung der Kita-Gebühren** für Kinder über drei Jahren fest. Darüber hinaus wollen wir die Familien in unserer Stadt langfristig von den Gebühren für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren und den OGS-Beiträgen entlasten. In einem ersten Schritt streben wir die Erhöhung der Beitragsfreigrenze auf 40.000 Euro an. Vom Land NRW erwarten wir eine auskömmliche Finanzierung der Kindertagesbetreuung.

Investitionen in die Qualität unserer Kitas und unserer OGS-Einrichtungen sind uns ein zentrales Anliegen. Um einen Anreiz für ergänzende Projektförderungen (zum Beispiel für gesunde Ernährung oder kreative Angebote) und entsprechende Förderanträge für die Träger zu schaffen, soll ein Budget für Anschubhilfen zur Verfügung gestellt werden.

Wir werden gemeinsam und unter Einbindung des Kinderschutzbundes an einer interkulturellen Konzeption für die **Einführung eines Festes anlässlich des internationalen Kindertages** arbeiten. In diesem Kontext soll auch geprüft werden, wie sich Jugend-, Sport und Sozialeinrichtungen bei dem Fest einbringen und profitieren können, beispielsweise durch „Schnupperkurse“ oder einem Tag der offenen Tür.



Soziales

Wir wollen Neuss als soziale Großstadt weiter stärken und ausbauen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen unabhängig von Alter, Geschlecht und Herkunft am Leben in unserer Stadt teilhaben und ihr eigenes Leben selbstbestimmt gestalten können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Neusserinnen und Neusser in einer sozialen und solidarischen Stadt leben, in der sie sich wohlfühlen, mit der sie sich identifizieren und in der sie sich umeinander kümmern und füreinander eintreten. Armutsbekämpfung, Maßnahmen gegen Diskriminierung, Gewalt und die Vereinsamung von Menschen sind für uns zentrale Aufgaben.

Der **Neuss-Pass** ist ein wichtiges Instrument, um armutsbedingte Benachteiligungen auszugleichen. Er beinhaltet Preisermäßigungen oder die kostenfreie Nutzung von Angeboten. Allen Neusser Bürger*innen soll damit ermöglicht werden, am gesellschaftlichen Leben in ihrer Stadt teilhaben zu können. Auch die städtischen Einrichtungen können von der vermehrten Inanspruchnahme ihrer Angebote profitieren, nämlich gerade dann, wenn diese üblicherweise nur gering angenommen werden.

Wir werden in den kommenden Jahren an weiteren Maßnahmen arbeiten, die zur **Attraktivierung der Inanspruchnahme** beitragen sollen. Angestrebt werden eine automatische Zusendung des Neuss-Passes bei der Beantragung von sozialen Leistungen, eine offensive Bewerbung des Neuss-Passes (beispielsweise durch eine ansprechende Onlinepräsenz), die Einrichtung einer Online-Beantragung und eine Ausgabe im Checkkarten-Format oder als App.

Darüber hinaus soll eine **Ausweitung der Anspruchsberechtigten** auf „Härtefälle“ angestrebt werden. Zudem soll auf städtische Freizeit- und Kultur-Angebote nach Möglichkeit ein 50-prozentiger Preisnachlass eingeführt werden. Außerdem soll dafür geworben werden, dass sich auch private Unternehmen dem Neuss-Pass anschließen und das Angebot weiter ausgeweitet werden kann. Gemeinsam mit dem VRR und den Stadtwerken soll geprüft werden, ob und wie nach dem Vorbild der Stadt Köln Preisnachlässe auf Fahrtickets angeboten werden können. Außerdem streben wir eine überregionale Vernetzung und Nutzung des Passes an.

Es soll geprüft werden, ob die Vergünstigungen des Neuss Passes auch auf die **Jugendleitercard und die Ehrenamtskarte** ausgeweitet werden können.

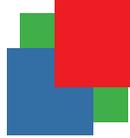
Nach der bereits beantragten umfassenden **Evaluation Ende 2022** werden wir gemeinsam beraten, ob und durch welche Maßnahmen der Neuss-Pass noch attraktiver gestaltet werden müsste, damit dieser möglichst von allen Anspruchsberechtigten genutzt wird.

Seit vielen Jahren leisten **Streetworker*innen in unserer Stadt** eine wichtige Arbeit. Denn zu ihrem vielfältigen Aufgabengebiet gehört unter anderem die Betreuung von Jugendlichen, die unter schwierigen Verhältnissen aufwachsen. Daher werden wir die bisherigen Stellen unter Berücksichtigung von räumlichen Schwerpunktsetzungen bedarfsdeckend aufstocken.

Die im Sozialausschuss auf den Weg gebrachten Konzepte zur Versorgung von wohnungslosen Frauen werden wir umsetzen. Außerdem wollen wir uns weiterhin gemeinsam für den Erhalt und den Ausbau der **Angebote für wohnungslose Menschen** einsetzen.

Präventive **Maßnahmen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit** wollen wir stärken und ausweiten. Die wichtige Arbeit der Fachberatungsstelle werden wir erhalten und prüfen, ob die Stadt Neuss weitere Verbesserungen durch die zusätzliche Anmietung von Wohnraum schaffen kann.

Viele Menschen möchten auch im Alter in ihrem vertrauten Umfeld wohnen. Wir werden daher sicherstellen, dass die **„Lotsenpunkte“** in den kommenden Jahren stufenweise flächendeckend ausgebaut und finanziell



durch mehr Zeitkontingente und mehr Personal stärker gefördert werden.

Gemeinsam werden wir in den kommenden Jahren daran arbeiten, **integrative Quartiersentwicklungen** auszubauen und deutlich stärker in den Blick zu nehmen. Denn in allen Quartieren muss eine gute Nahversorgung sichergestellt sein. Der Rhein-Kreis Neuss hat die Bedürfnisse der Städte und Gemeinden in seiner Pflegebedarfsplanung, in der die Stadt ihre eigenen Überlegungen einbringen wird, stärker zu berücksichtigen. Wir wollen prüfen, wie Beratungs- und Pflegeangebote sowie Netzwerke in den Stadtteilen gestärkt und bei Bedarf ausgeweitet werden können.

Auf Grundlage der im Sozialausschuss auf den Weg gebrachten Konzepte wollen wir die Neusser*innen dabei unterstützen, sich zu **generationsübergreifenden Wohngemeinschaften** zusammenzutun. Denn neben der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum werden für die Bewohner*innen durch Wohngemeinschaften auch Unterstützungsmöglichkeiten zur Bewältigung des Alltags geschaffen. Die Bewohner*innen passen aufeinander auf, unterstützen sich gegenseitig und führen dennoch ein unabhängiges Leben mit Rückzugsmöglichkeiten.

Wir wollen **keine Angsträume in unserer Stadt**. Deshalb wollen wir auch in den kommenden Jahren gemeinsam mit dem Rhein-Kreis Neuss Anti-Gewalt-Projekte und Hilfsangebote unterstützen. Basierend auf der Zusage des Rhein-Kreises Neuss werden wir zur Erhöhung der Sicherheit zusammen mit dem Rhein-Kreis Neuss im Bahnhofsumfeld eine Außenstelle der Kreispolizeibehörde einrichten und an einer Sanierungsoffensive für das Stadthallen-Umfeld arbeiten. Der Kriminalpräventive Rat soll weiter Vorschläge zur Beseitigung von Angsträumen unter Berücksichtigung des subjektiven Sicherheitsempfindens erarbeiten und mit den Beteiligten abstimmen.

Der **Kommunale Service- und Ordnungsdienst (KSOD)** übernimmt eine wichtige Aufgabe in unserer Stadt und soll auch weiter unterstützt und bedarfsgerecht erweitert werden.

Die **Beratungsstellen in der Stadt Neuss** leisten seit vielen Jahren eine wichtige Arbeit. Dabei werden wir sie auch in den kommenden Jahren unterstützen. Unter anderem setzen wir uns dafür ein, dass in der Stadt Neuss weiterhin eine gute Arbeitslosenberatung gewährleistet ist.

Zur **Unterstützung von einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen** im Bereich der Digitalisierung soll geprüft werden, ob ausrangierte IT-Geräte für diese Familien entsprechend aufbereitet werden können. Hierzu soll ein entsprechendes Konzept erstellt werden.

Wir wollen das öffentliche Gesundheitswesen in unserer Stadt durch Beratung und präventive Maßnahmen weiter stärken. Denn insbesondere die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitswesen ist. Die Privatisierung von kommunalen Krankenhäusern lehnen wir daher entschieden ab. Insbesondere das **Rheinland Klinikum** werden wir als kommunales Krankenhaus erhalten und weiter stärken.

Die **Drogenberatungsstelle** möchten wir durch den Ausbau der aufsuchenden Drogenberatung und ergänzende Maßnahmen weiter stärken. Perspektivisch möchten wir an einem neuen Standort an einer optimierten Konzeption der Drogenberatungsstelle arbeiten, unter anderem durch die Schaffung eines Konsumraumes. Auch andere Suchtformen wie beispielsweise Spielsucht sollen in diesem Kontext stärker betrachtet werden.

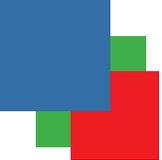
Die **Beratungsangebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen** sollen in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Hierzu werden wir ein entsprechendes Konzept erarbeiten.

Darüber hinaus möchten wir **Angebote zur kultursensiblen Pflege** sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich ausweiten und stärker fördern. In diesem Zusammenhang soll auch die Einrichtung einer Fachberatung geprüft werden.

Die **Inanspruchnahme der Gesundheitssysteme durch Migrant*innen** in unserer Stadt möchten wir weiter verbessern. Wir werden daher gemeinsam mit den zu beteiligenden Akteur*innen prüfen, ob die Situation durch Maßnahmen wie Sprachbegleitungen oder eine interkulturelle Ambulanz verbessert werden kann.

Um **mehr Fachkräfte für den sozialen Bereich** gewinnen zu können, werden wir gemeinsam an Maßnahmen arbeiten, durch die sich die Situation langfristig verbessern kann. Insbesondere die Ausbildungsangebote vor Ort müssen gestärkt werden. Hierzu werden wir im ersten Schritt ein Konzept erarbeiten.

Alle Menschen mit Beeinträchtigungen sollen ihren Platz mitten in der Neusser Stadtgesellschaft haben –



ganz nach dem Motto „Mittendrin statt nur dabei“. Die Stadt Neuss arbeitet zurzeit an einem **neuen Inklusionskonzept**, welches in enger Abstimmung mit den Vereinen und Menschen mit Beeinträchtigung entwickelt wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Handlungsempfehlungen in den kommenden Jahren kontinuierlich umgesetzt werden. Generell sind zukünftig alle Maßnahmen auf die Vereinbarkeit mit der UN-Behindertenrechtskonvention abzugleichen.

Um noch mehr **Menschen mit Beeinträchtigung** einen Zugang zum freien Arbeitsmarkt (auch in Außenarbeitsplätzen) zu ermöglichen, sollen diese auch außerhalb von Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen arbeiten können. Gemeinsam mit den Werkstätten werden wir an weiteren Verbesserungen arbeiten.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, die Stadt Neuss barrierefrei zu gestalten. Hierzu sollen auch in den kommenden Jahren möglichst viele Haltestellen barrierefrei umgebaut werden. Bei allen Bauprojekten werden wir außerdem darauf achten, dass möglichst viele barrierearme und barrierefreie Wohnungen errichtet werden. Unser Ziel bleibt die **vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Raum** und im Nahverkehr.

Das **Konzept der leichten Sprache** wollen wir in den kommenden Jahren in der Verwaltung weiter konsequent umsetzen und ausweiten. Denn durch die Aufbereitung von Texten und anderer Materialien in leicht lesbarer und verständlicher Form sollen sprachliche Barrieren abgebaut und möglichst vielen Menschen der Zugang zu Informationen eröffnet werden.

Gleichstellungspolitik soll für uns eine Querschnittsaufgabe in allen politischen Handlungsfeldern bleiben: Ungleiche Bezahlung, weniger Repräsentanz in Führungspositionen oder Altersarmut bei Frauen machen dies beispielhaft deutlich. Um hier Veränderungen umsetzen zu können, werden wir einen **Gleichstellungsbeirat gründen**, der direkt unterhalb des Stadtrates angegliedert werden soll.

Mit den Neusser Unternehmen werden wir an Maßnahmen arbeiten, um eine **bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf** zu ermöglichen, unter anderem durch mehr Belegplätze, Betriebskindergärten und flexible Arbeitszeitmodelle. Die Stadt Neuss und die städtischen Tochterunternehmen sollen hierbei mit gutem Vorbild vorangehen.

Im neuen Gleichstellungsbeirat soll unter anderem unter Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten der Verwaltung an einem **Gleichstellungsaktionsplan** mit einem regelmäßigen Monitoring gearbeitet werden. Außerdem soll durch ein Gender-Budgeting im städtischen Haushalt auf eine geschlechtergerechte Verteilung der Mittel im städtischen Haushalt geachtet werden.

Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass in der kommenden Amtszeit des Stadtrates eine **verbindliche Quote in den Aufsichtsgremien städtischer Gesellschaften** umgesetzt wird. Denn der Bundestag hat bereits 2015 beschlossen, dass Aufsichtsräte generell mit mindestens 40 Prozent des unterrepräsentierten Geschlechts zu besetzen sind.

Das **Team der Frauenberatungsstelle** leistet seit vielen Jahren eine wichtige Arbeit in der Stadt Neuss. Wir werden gemeinsam mit dem Rhein-Kreis Neuss die Arbeit der Beratungsstelle langfristig sicherstellen und prüfen, wie die bestehenden Angebote in den kommenden Jahren weiter ausgeweitet werden können.

Ausgrenzung, Homophobie, Benachteiligung und Diskriminierung finden auch heute noch alltäglich statt. Unser zentrales Ziel ist eine bunte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von geschlechtlicher Zugehörigkeit oder sexueller Neigung gleichberechtigt und diskriminierungsfrei leben können. Wir wollen diese Entwicklung stützen und beschleunigen.

Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass die bestehenden **Beratungsangebote für LSBTIQ*** der hiesigen Initiativen weiter gestärkt werden. Wir werden daher prüfen, wie in unserer Stadt weitere offene und vor allem niedrigschwellige Angebote geschaffen werden können, die neben der Beratung auch zur Vernetzung beitragen sollen (beispielsweise durch eine zentrale Anlaufstelle).

„Queere“ Themen müssen zukünftig stärker als Querschnittsaufgabe in der Politik gestärkt werden. Daher soll die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Neuss zukünftig auch die **Ansprechpartnerin für die Fragestellungen und Interessen** von Lesben, Schwulen und Transgender verantwortlich sein, damit diese Anliegen auch in der Politik mehr Beachtung und angemessene Berücksichtigung finden.



Integration

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der jede und jeder sicher und selbstbestimmt leben und lieben kann. Individuelle Freiheit und persönliche Identität werden wir daher schützen. Menschen ergänzen und bereichern sich durch ihre Verschiedenheit – denn Vielfalt macht eine offene Gesellschaft bunter und trägt zu ihrem Zusammenhalt bei.

Das neue **Integrationskonzept der Stadt Neuss** und die vielen Einzelmaßnahmen müssen in den kommenden Jahren konsequent umgesetzt werden. Als Kooperation werden wir uns dafür einsetzen, dass in der Stadtverwaltung aus den vorhandenen Mitarbeiter*innen ein Integrationsbeauftragter oder eine Integrationsbeauftragte ernannt wird. Denn Integration ist eine Querschnittsaufgabe, bei der viele verschiedene Bereiche und Akteur*innen einbezogen werden müssen.

Die wichtige **Arbeit der „Integrationslotsen“** werden wir ausweiten und stärker fördern. Außerdem wollen wir das Zusammenleben in den Stadtteilen weiter stärken und Begegnungen ermöglichen. Stadtteilstefest oder ähnliche Aktionen helfen dabei, Vorurteile durch Begegnungen oder Gespräche abzubauen. Um hier entsprechende Projekte zukünftig auch finanziell fördern zu können, werden wir einen Projektfonds ins Leben rufen.

Im neuen Integrationsausschuss soll außerdem an einem Konzept gearbeitet werden, um die **Professionalisierung der Migranten-Selbstorganisationen** stärker unterstützen zu können. Gemeinsam mit den bereits ehrenamtlich Tätigen soll an weiteren Verbesserungen zur Stärkung des Ehrenamts für Geflüchtete gearbeitet werden. Auch Bildungs- und Schulungsangebote für Ehrenamtliche sollen geprüft werden.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist ein wichtiger Faktor für eine gelungene Integration. Passgenaue **Bildungsangebote und Sprachförderung** müssen deshalb einen besonderen Schwerpunkt unserer städtischen Integrationspolitik ausmachen. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Jobcenter des Rhein-Kreises Neuss und dem Integrationsamt der Stadt Neuss besser aufeinander abgestimmt wird, um möglichst vielen Menschen passgenaue Bildungsangebote und Sprachkurse zu ermöglichen.

Im Bereich der Friedhofsverwaltung soll der Rechtserwerb einer **Fläche für Muslimische Bestattungen** und entsprechende Infrastruktur im Neusser Süden geprüft werden. Wenn das nicht möglich ist, werden wir die bestehenden Räume unter Beteiligung der muslimischen Gemeinden am Hauptfriedhof verbessern.

Projekte zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus werden wir weiter fördern. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass in den Schulen entsprechende Projekte durchgeführt werden. Und auch die Stadt Neuss muss hier weiter eine Vorbildfunktion einnehmen – unter anderem durch Veranstaltungsformate oder eine öffentlichkeitswirksame Kampagne. Außerdem sollte es in der Stadt Neuss eine Anlaufstelle für Menschen geben, die von Diskriminierung und Rassismus betroffen sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Neuss der **„Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung“** beitrifft. Die Städtekoalition ist eine Initiative der UNESCO, die 2004 gestartet wurde. Das Ziel besteht darin, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung einsetzen.

Immer mehr Menschen entscheiden sich nach vielen Jahren des Zusammenlebens in unserer Stadt dafür, die **deutsche Staatsbürgerschaft** anzunehmen. Dafür wurden nach vielen Jahren des Stillstandes deutlich bessere Rahmenbedingungen geschaffen. So wurden in den vergangenen drei Jahren im Schnitt etwa 370 Menschen eingebürgert. Die finanziellen Mittel wurden in den vergangenen Jahren bereits erhöht und seit 2017 veranstaltet die Stadt Neuss einen großen Einbürgerungsempfang. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der eingeschlagene Weg auch in den kommenden Jahren fortgesetzt wird und weitere Maßnahmen geprüft werden, um noch mehr Bürger*innen von der Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft überzeugen zu können. Wir fordern weiterhin die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle hier lebenden Menschen.

Die **interkulturelle Arbeit mit queeren Migrant*innen** werden wir stärker fördern. Gemeinsam mit Fachleuten möchten wir im ersten Schritt ein entsprechendes Konzept erarbeiten, um anschließend konkrete Maßnahmen auf den Weg bringen zu können.



Schule

Wir wollen Kinder und Jugendliche, die selbstbewusst, gesund, mutig, demokratisch, aktiv und verantwortungsvoll sind. Allen Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt soll die bestmögliche Förderung ermöglicht werden – und zwar unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Daher werden wir uns in den kommenden Jahren gemeinsam für ein leistungsstarkes, sozial gerechtes und chancengerechtes Bildungssystem in unserer Stadt einsetzen. Wir wollen Schule und Jugendhilfe stärker miteinander vernetzen.

Die Corona-Krise stellt auch die Schulen in Neuss vor große Herausforderungen beim Gesundheitsschutz und dem digitalen Lehren und Lernen. Wir wollen sicherstellen, dass über den fachlich zuständigen Rhein-Kreis Neuss schnellstmöglich bis spätestens Ende des Schuljahres 2020/21 **alle Schulen an das Glasfasernetz** angeschlossen sind.

Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass schnellstmöglich für alle Schüler*innen in den Schulen ein leistungsfähiger **Zugang zum Internet** besteht. Im nächsten Schritt soll sichergestellt werden, dass in jedem Unterrichtsraum ein LAN-Anschluss eingerichtet wird und für alle Schulgebäude ein WLAN-Angebot ausgebaut wird.

Wir werden den interfraktionell in der Corona-Krise eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen und daran arbeiten, dass schnellstmöglich **alle bedürftigen Schüler*innen mit einem Tablet ausgestattet werden**. Wir streben an, dass im Laufe des Jahres 2021 mindestens 30 Prozent der Schüler*innen mit einem digitalen Präsenz- oder Leihendgerät ausgestattet sind. Auch den Einsatz von Smartboards oder anderen digitalen Präsentationsmedien wollen wir in den kommenden Jahren weiter voranbringen.

Als Grundlage für das digitale Lernen soll die zeitnahe **Einführung eines digitalen Lernmanagementsystems** auf den Weg gebracht werden, mit der das Lernen und Unterrichten sowie der Austausch zwischen den Lehrkräften deutlich verbessert werden soll.

Um alle Akteur*innen fit für den digitalen Unterricht machen zu können, wollen wir gemeinsam mit dem Medienzentrum des Rhein-Kreises Neuss **Schulungsmaßnahmen anbieten**, um noch stärker für die Medienvielfalt im Unterricht werben zu können.

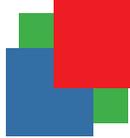
Um möglichst viele der oben genannten Maßnahmen kurzfristig umsetzen zu können, werden wir daran arbeiten, dass die Bundes- und Landes-Mittel aus dem „**Digitalpakt**“ und dem Programm „**Gute Schule 2020**“ möglichst zeitnah vollständig abgerufen werden und bei den Schüler*innen ankommen.

Gemeinsam mit den Schulen, der VHS, der Stadtbibliothek und weiteren Akteur*innen werden wir daran arbeiten, dass in den Einrichtungen „**Lernstudios**“ für Schüler*innen geschaffen werden, die aktuell zu Hause über kein WLAN verfügen.

Der **Elternwille soll auch zukünftig im Mittelpunkt** unserer gemeinsamen Bildungspolitik stehen. Die Neusser Schullandschaft soll aus diesem Grund in den kommenden Jahren adäquat weiterentwickelt werden, damit auch zukünftig alle Kinder einen Platz an ihrer gewünschten Schulform erhalten.

Die Leitlinie „Kurze Beine – kurze Wege“ und ein **wohnortnahes Angebot an Grundschulen** wird für uns im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik stehen. Weitere benötigte Grundschulen sollen daher nach Möglichkeit nah an neuen Wohngebieten errichtet werden.

Die **Dreikönigenschule** soll zurück „ins Viertel“ geholt werden, der aktuelle Übergangsort im **Hammfeld** auf Grund der geplanten Wohngebiete aber erhalten bleiben. Darüber hinaus werden wir an einer Erweiterung



der **Karl-Kreiner-Schule** arbeiten und gemeinsam eine Lösung erarbeiten, um die **St. Martinus-Schule** in Uedesheim zu sanieren und perspektivisch zu erweitern, insbesondere vor dem Hintergrund des geplanten Neubaugebietes in Uedesheim.

Bei den weiterführenden Schulen soll auch weiterhin der Elternwille berücksichtigt werden. Bestehende Mehrbedarfe von Gesamtschulen sollen zuerst durch die **Erweiterung der bestehenden Gesamtschulen** auf bis zu sechs Zügen unter Einbeziehung des Standortes der auslaufenden Sekundarschule an der Gnadentaler Allee gedeckt werden. Bei weitergehenden Mehrbedarfen an Gesamtschulplätzen sollen diese durch Gründung einer weiteren Gesamtschule gedeckt werden.

Im Rahmen der Optimierung des Gebäudemanagements (GMN) soll ein umfassendes Konzept für die **Sanierung der Schultoiletten**, der **Verbesserung des Sonnenschutzes** an Schulen und dem **Abbau der weiteren offenen Sanierungsmaßnahmen** auf den Weg gebracht werden. Das Konzept soll schnellstmöglich vorgestellt und beraten werden. Alle Maßnahmen sind zu priorisieren und transparent zu machen.

In dem Sanierungskonzept soll auch ein Programm integriert werden, um die bestehenden **Schulcontainer-Anlagen** möglichst bis 2025 durch langfristige Lösungen zu ersetzen. In diesem Kontext sollen bei möglichen notwendigen Erweiterungsmaßnahmen an bestehenden Schulgebäuden auch Maßnahmen wie umweltgerechte und modulare Bauweise berücksichtigt werden.

Die bestehende **Werkstatt beim Gebäudemanagement** soll nach Möglichkeit personell verstärkt werden, um kleinere Sanierungsmaßnahmen wie Malerarbeiten oder Reparaturen kurzfristig und unbürokratisch in Eigenregie umsetzen zu können.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie soll daran gearbeitet werden, dass gute **Belüftungsmöglichkeiten in den Schulen** vorhanden sind. Sollte es in Schulgebäuden nicht zu öffnende Fenster geben, sind unverzüglich entsprechende Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen.

Die Schulhöfe in unserer Stadt werden wir bewegungsfreundlicher gestalten und sicherstellen, dass sie auch nach der Schulzeit geöffnet bleiben, um als Spiel- und Bewegungsraum im Quartier zur Verfügung zu stehen. Daher soll kontinuierlich an dem **bewegungsfreundlichen Umbau der Schulhöfe** gearbeitet werden. Hierzu soll eine Prioritätenliste auf den Weg gebracht werden, die auch Aspekte wie die soziale Struktur des Stadtteils und die Größe des Schulhofes berücksichtigen soll. Bei der Umgestaltung der Schulhöfe soll außerdem auf die Verwendung von klimafreundlichen Materialien geachtet werden.

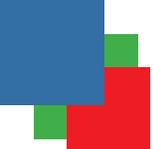
Die Selbstständigkeit der Schüler*innen muss bereits auf ihrem Weg zur Schule beginnen. Daher sind die Schüler*innen darin besonders zu fördern und bis zur Selbstständigkeit anzuleiten. Jedes Kind soll sicher zur Schule sowie auch wieder nach Hause kommen. Wir werden daher gemeinsam an weiteren Maßnahmen arbeiten, um die **Schulwegsicherheit weiter verbessern** zu können. Neben der Prüfung von weiteren „Kiss-and-Go-Zonen“ im Schulumfeld soll geprüft werden, ob auf den Schulhöfen Übungsplätze zum Verkehrssicherheitstraining oder für Radfahrtraining eingerichtet werden können. Für die Grundschulen soll außerdem an Kartierungen von sicheren Schulwegen im unmittelbaren Schulumfeld gearbeitet werden, die anschließend in die Schulbroschüren und in anderen geeigneten Medien aufgenommen werden sollen.

An allen Schulen soll **Schulsozialarbeit** verlässlich eingerichtet werden – und zwar unabhängig von der Förderung durch Bund und Land oder den aktuellen Vereinbarungen mit dem Rhein-Kreis Neuss. Denn die Schulsozialarbeit ist in unserer Stadt seit vielen Jahren ein wichtiges Unterstützungsangebot und versteht sich als Bindeglied zwischen Schule und Jugendhilfe. Die Mitarbeiter*innen unterstützen bei der Bewältigung von Krisen und Problemen, die in der Schule, zu Hause oder im Freundeskreis entstehen können. Außerdem werden die Schüler*innen bei Bedarf im Schulalltag unterstützt und gefördert, Konflikte untereinander zu lösen.

Wir sind uns darin einig, dass die **Sicherheit und Sauberkeit in den Schulen** sichergestellt sein muss. Aus diesem Grund soll an Qualitätsstandards gearbeitet und ergebnisoffen geprüft werden, ob weitere Verbesserungen erreicht werden können, wenn die Schulreinigung zukünftig sukzessive in städtische Hand übergeht.

Darüber hinaus werden wir prüfen, ob die Schulen durch eine bessere personelle Ausstattung der Schulsekretariate und Verwaltungsassistenten unterstützt werden können. Ebenso wollen wir zu einer **besseren Organisationsstruktur** der städtischen Schulhausmeister*innen beitragen.

Auch wenn die Ganztagsangebote aktuell durch Landesgesetze geregelt sind, streben wir perspektivisch einen



Ausbau sowohl in offener als auch geschlossener Form an. Denn ab dem Jahr 2025 haben in Deutschland alle Eltern einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung an den Grundschulen. Daher werden wir in den kommenden Jahren an dem dringend **erforderlichen, bedarfsgerechten OGS-Ausbau** arbeiten. Denn wer sein Kind im offenen Ganztage anmelden möchte, muss auch einen Platz bekommen.

Wir wollen ein inklusives Schulwesen mit Zugang für behinderte und nicht behinderte Kinder, wo gemeinsames Lernen selbstverständlich wird. Aus diesem Grund werden wir sicherstellen, dass der **Inklusionsprozess an den Neusser Schulen** weiter konsequent fortgesetzt wird. Die Schulen müssen stärker barrierefrei gestaltet werden und die Hinweise der Schuldirektor*innen und Lehrer*innen bei allen Umbaumaßnahmen angemessen berücksichtigt werden.

Wir wollen allen Schulen ermöglichen, autonom **Kultur-Projekte für die Schüler*innen** ins Leben zu rufen und anbieten zu können. Hierfür soll ein entsprechendes Konzept entwickelt werden. Die Finanzierung soll nach Möglichkeit über eventuelle Bundes- und Landesmittel oder bestehende Stiftungen erfolgen. Langfristiges Ziel soll die **Etablierung eines kommunalen Bildungspakets** für die Schulen und Kindertagesstätten sein. Hierdurch sollen zusätzliche Bildungsangebote und Projekte wie zum Beispiel Bewegungs- oder Theaterprojekte an Schulen oder Musikkindertagesstätten gefördert werden.

Die Neusser Schulen sollen einen **transparenten Einblick** in die für ihre Schulen zur Verfügung stehenden Budgets erhalten. Hierzu soll gemeinsam mit den Schulen und der ITK Rheinland im Schulausschuss nach dem Vorbild der Stadt Jüchen an einer entsprechenden Anwendung gearbeitet werden.

Wir haben in unserer Stadt mutige, aktive, verantwortungsbewusste und engagierte Schüler*innen. Daher möchten wir uns dafür einsetzen, dass die Schüler*innen an möglichst vielen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Die Stadt Neuss soll daher jährlich nach Beginn des Schuljahres alle gewählten **Schülersprecher*innen** zu einem Austausch in das Rathaus einladen. Bei diesem Austausch sollen dann auch die Vertreter*innen gewählt werden, die die Schüler*innen anschließend im städtischen Schulausschuss vertreten sollen. Weitere Beteiligungsformate sollen in dem bereits auf den Weg gebrachten Beteiligungsprozess zum „Neusser Modell“ erarbeitet werden.

Wir möchten dafür werben, dass das **Speisenangebot in unseren Schulen** gesund, attraktiv und klimafreundlich gestaltet wird. Hierfür möchten wir einen Prozess zwischen den Schulen und dem neuen auf Kreisebene gebildeten Ernährungsbeirat anstoßen. Wir fordern eine Qualitätsoffensive für Mahlzeiten an Schulen. Insbesondere das Speisenangebot in der Mensa oder der Cafeteria soll nach Möglichkeit durch mehr Vielfalt wie zum Beispiel durch mehr vegetarische und internationale sowie koschere Gerichte, Verwendung von regionalen und saisonalen Lebensmitteln, Einsatz von Bio-Lebensmitteln und frischer Zubereitung und einer Reduktion von Lebensmittelabfällen optimiert werden.



Kultur

Neuss verfügt über eine moderne und leistungsfähige kulturelle Infrastruktur mit einem vielfältigen Angebot von Kunst und Kultur für alle gesellschaftlichen Gruppen. Kultur und kulturelle Bildung ermöglichen es, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, erweitern die Lebenswirklichkeit und öffnen neue Blickwinkel und Einsichten. Sie fördert den Austausch und stärkt den Zusammenhalt. Wir verstehen Kultur daher als unverzichtbaren Teil der Daseinsvorsorge, der nicht vom Geldbeutel abhängig sein darf. Denn Kultur ist für alle da.

Alle kulturellen Einrichtungen der Stadt Neuss müssen auch zukünftig gefördert werden. Insbesondere vor dem **Hintergrund der aktuellen Corona-Pandemie** sollen die Einrichtungen im Hinblick auf Ausstattung, Finanzierung und Personal besonders unterstützt werden, so dass sie auch nach der Corona-Krise erhalten bleiben.

In der Neusser Kulturleiterrunde soll an einer **Digitalisierungsoffensive** gearbeitet werden, die es den Einrichtungen ermöglicht, auch bei der Schließung ihrer Räumlichkeiten den Neusser*innen kulturelle Angebote zu ermöglichen. Langfristig sollen diese digitalen Angebote auch nach der Corona-Pandemie barrierefrei zugänglich sein. Die Digitalisierungsoffensive soll außerdem einen intensiveren Austausch und eine stärkere Vernetzung der Kultureinrichtungen ermöglichen, um untereinander Ideen und Kenntnisse für die Schaffung weiterer digitaler Angebote austauschen zu können.

Zur langfristigen Förderung der Kulturpolitik soll ein **Kulturentwicklungsplan** erarbeitet werden. Damit sollen die guten Rahmenbedingungen für eine lebendige und vielfältige städtische Kulturlandschaft langfristig und dauerhaft erhalten sowie Perspektiven und Ziele für die Stadt Neuss als Kunst- und Kulturstandort erarbeitet werden. Dabei sollen die Bürger*innenschaft, Kulturszenen, Verwaltung und Politik gleichermaßen miteinbezogen werden, um die Handlungsfelder der Stadtteilkultur, interkulturellen Kunst und Kultur und vor allem der kulturellen Bildung weiterzuentwickeln.

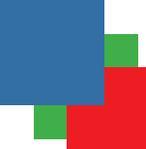
Das Clemens-Sels-Museum und weitere kulturelle Angebote sollen in einem „**Haus der Kultur**“ am **Wendersplatz** eine neue Heimat in einem architektonisch hochwertigen Gebäude finden. Die Kunstwerke im Clemens Sels Museum müssen dauerhaft gesichert sein und vor allem weiterhin zugänglich für die Neusser Bürger*innen bleiben. Die Schaffung von angemessenen Räumlichkeiten soll unter Einbezug der klimatologischen Gesichtspunkte erfolgen.

Für den bisherigen Standort des Clemens-Sels-Museums soll an der **Konzeption eines „Heimat-Museums“** gearbeitet werden. In diesem Kontext soll auch geprüft werden, ob das Schützen-Museum in das Gebäude integriert werden kann und ob weitere thematische Themenschwerpunkte (unter anderem die Geschichte der Gastarbeiter und eine Aufarbeitung der Zwangsarbeit in Neuss) aufgegriffen werden können.

Weltweit unterliegen die **Stadtbibliotheken** einem gesellschaftlichen Wandel. Öffentliche Bibliotheken werden im Hinblick auf diese Entwicklung auch als „Dritte Orte“ bezeichnet, worunter ein Ort neben dem eigenen Zuhause und der Arbeit/Schule verstanden wird, an dem sich Besucher*innen freiwillig und kommerzfrei aufhalten. Daher werden wir weiter daran arbeiten, dass das räumliche und inhaltliche Konzept der Stadtbibliothek zeitgemäß angepasst wird und die Stadtbibliothek zu einem attraktiven „Dritten Ort“ wird. Dazu werden wir es ebenfalls personell entsprechend ausstatten.

Das **Stadtarchiv** ist das „Gedächtnis“ unserer Stadt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich die Arbeitsbedingungen im Stadtarchiv weiter verbessern und genügend Räume zur Verfügung stehen, damit die Bestände weiterhin fachgerecht für die Zukunft gesichert werden können. Außerdem möchten wir die digitalen Angebote in Zusammenarbeit mit dem Team des Stadtarchivs kontinuierlich ausweiten.

Des Weiteren wollen wir prüfen, ob auch **Stadtarchiv und/oder Stadtbibliothek** auf dem Wendersplatz neu beheimatet werden können, damit der ehemalige Parkplatz in Angrenzung an den Rennbahnpark zu einem Ort



der Begegnung für die Neusser Bürger*innen werden kann, der zu Kunst, Kultur und Geschichte sowie zur Naherholung einlädt. Andernfalls wollen wir Stadtarchiv und/oder Stadtbibliothek an den bestehenden Standorten stärken.

Die Angebote des „**Raums der Kulturen**“ werden von den Neusser Bürger*innen mehr als gut angenommen. Die Räumlichkeiten reichen auch hier nicht aus. Daher soll der „Raum der Kulturen“ Räumlichkeiten im „Haus der Kultur“ erhalten.

Die Stadt Neuss und ihre Kulturinstitute beschäftigen zur Umsetzung ihres vielfältigen Kulturangebots neben eigenen Bediensteten auch Neusser Künstler*innen als „freie Mitarbeiter*innen“. Wir werden sicherstellen, dass alle **Künstler*innen in der Stadt Neuss fair und angemessen bezahlt werden**.

Wir werden einen „**Kinder- und Jugendkulturpreis**“ ins Leben rufen, mit dem zukünftig Projekte aus allen künstlerischen Sparten gewürdigt werden sollen. Mit dem neuen Preis möchten wir das Engagement und die Vielfalt der Kinder und Jugendlichen in der Neusser Kulturlandschaft auszeichnen und würdigen. Dazu sollen insbesondere auch digitale Werke gehören, die in der heutigen Gesellschaft eine immer größer werdende Rolle einnehmen. Eine entsprechende Konzeption soll im Kulturausschuss erarbeitet werden. Darüber hinaus werden wir im Kulturausschuss an Möglichkeiten arbeiten, um den bestehenden „**Rock- und Popförderpreis**“ stärken und ausweiten zu können.

Unter dem Motto „**Kultur für alle**“ werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass kulturelle Teilhabe nicht an fehlenden finanziellen Mitteln scheitern darf. Daher werden wir sicherstellen, dass unter dem Motto „Kultur für alle“ auch diejenigen am Kulturleben in unserer Stadt teilhaben, die aus alters- oder gesundheitlichen Gründen die Kulturinstitute nicht aktiv aufsuchen können. Deshalb sollten die Kulturinstitute ihre Häuser stärker für begleitete Besuche der genannten Zielgruppen öffnen oder mit ihren Programmen in Alten- und Pflegeeinrichtungen gehen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die **freie Kunst- und Kulturszene** zukünftig stärker gefördert wird. Bei neuen Baugebieten soll zukünftig stärker auf den Bedarf der Szene geachtet werden, beispielsweise durch die Integration von Ateliers, Proberäumen oder Ausstellungsflächen. Darüber hinaus sollen Zwischen- und Umnutzungsprojekte zukünftig stärker gefördert werden. Ungenutzte Areale oder stillgelegte Betriebe können hierdurch beispielsweise zu echten Begegnungsorten im Quartier werden.

Der Stellenwert **der kulturellen Vielfalt in Neuss** ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. So wurde die Zusammenarbeit mit Akteur*innen wie dem „Raum der Kulturen“ oder den „Interkulturellen Projekthelden“ deutlich ausgeweitet. Wir werden uns auch in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass Konzepte zur „Diversität in der Kultur“ und zur „Neuen deutschen Stadtgesellschaft“ konsequent umgesetzt werden.

Ganz im Sinne der modernen Erinnerungskultur sind uns die **Städtepartnerschaften** besonders wichtig. Insbesondere Schüler*innen soll ein Austausch mit Gleichaltrigen in den Partnerstädten ermöglicht werden. Daher werden wir zur Förderung ein eigenes Budget zur Verfügung stellen. Ein entsprechendes Konzept, in dem auch weitere Förderkomponenten eingearbeitet werden können, soll im „Komitee für Partnerschaften und internationale Beziehungen“ erarbeitet werden. Auch die auf den Weg gebrachte neue Städtepartnerschaft mit der israelischen Stadt Herzliya wird gerade in Zeiten des zunehmenden Antisemitismus von uns unterstützt.

Wir werden uns weiterhin für eine **aktive Erinnerungskultur** einsetzen, die sich auch im Neusser Stadtbild widerspiegeln soll, zum Beispiel durch Straßenbenennungen nach verdienten und anerkannten Neusserinnen und Neussern. Darüber hinaus werden wir regelmäßig überprüfen, ob es Straßen und Plätze gibt, die Namen von historischen Persönlichkeiten tragen, die aus heutiger Sicht diese Würdigung nicht verdienen.

Aktuell sind nur knapp 30 von 1.100 Straßen in der Stadt Neuss nach Frauen benannt. Daher werden wir uns dafür einsetzen, in den kommenden Jahren deutlich mehr **Straßen, Plätze, Gebäude und Räume nach Frauen zu benennen**.



Sport

Der Sport mit all seinen Facetten ist für die Menschen in unserer Stadt von zentraler Bedeutung. Denn er leistet einen wichtigen Beitrag zu gesunder Lebensführung und sinnvoller, aktiver Freizeitgestaltung. Der Sport übernimmt aber auch eine wichtige soziale Funktion – denn er führt zusammen und baut Brücken zwischen Menschen unterschiedlichster sozialer und kultureller Herkunft. Kinder und Jugendliche lernen im Sport außerdem Fairness und Teamgeist sowie den Umgang mit Erfolg und Misserfolg.

Sport ist mehr als die klassischen Sportarten im Sportverein oder professioneller Spitzensport. Es ist Spielen auf der Straße, dem Spielplatz, dem Bolzplatz, der Skateranlage und den geöffneten Pausenhöfen. Es ist Bewegung im Alltag, im Wald, in Grünanlagen und im öffentlichen Raum. Es geht uns um Fitness von Kindern, Jugendlichen und Älteren und um Bewegung von Menschen mit und ohne Behinderung. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Sport, Spiel und Bewegung für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen leicht zugänglich und nicht vom Geldbeutel abhängig ist.

Die öffentlichen Sportanlagen werden wir erhalten. Für die **Modernisierung der Sportanlagen** werden wir auch in den kommenden Jahren jährlich eine halbe Million Euro Investitionsmittel im städtischen Haushalt bereitstellen.

Ortsnahe und kostenlose Bewegungsangebote müssen weiter gefördert und ausgebaut werden. Hierzu sollen in den Stadtteilen gemeinsam mit den örtlichen Vereinen weitere Angebote für Freizeitsportler*innen geschaffen werden, beispielsweise durch Outdoor-Fitness-Anlagen, Outdoorgeräte oder Calisthenics-Parks.

Ebenso bieten Spielplätze meist ausreichend Platz für solche Bewegungsangebote. So können Erwachsene und Kinder sich nebeneinander sportlich betätigen und dazu einladen, gemeinsam Zeit miteinander zu verbringen. Dies gilt es daher bei den Standortprüfungen miteinzubeziehen. Außerdem soll das **Erfolgsangebot „Sport im Park“** in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportverband ausgeweitet werden.

Auch in den kommenden Jahren soll weiterhin konsequent an der Umsetzung des auf den Weg gebrachten **Investitionsprogrammes „Gute Sporthalle“** für die Sanierung unserer Sport- und Turnhallen gearbeitet werden. Denn die mehr als 50 Sporthallen sind wichtig für den Schul- und Vereinssport in unserer Stadt.

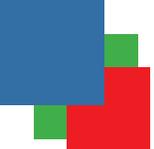
Wir werden gemeinsam mit dem Stadtsportverband, dem Rhein-Kreis Neuss und eventuellen weiteren Akteur*innen an der **Konzeption einer Multifunktionshalle** arbeiten. Denn eine solche moderne Halle, die sowohl für sportliche als auch für kulturelle Veranstaltungen genutzt werden könnte, fehlt seit vielen Jahren in unserer Stadt.

Das **Südbad** soll unter Einhaltung von ökologischen Gesichtspunkten einen „echten“ Badesee als zusätzliche Attraktion erhalten. Hierfür soll ein kleiner Teilbereich des Reuschenberger Sees über einen Damm und eine Brücke abgetrennt und den Besucherinnen und Besuchern des Südparks die Nutzung als Badesee ermöglicht werden. Der Rundweg um den See herum soll hierbei natürlich erhalten werden.

Darüber hinaus werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass das **Konradbad** in Gnadental als einziges Lehrschwimmbecken in unserer Stadt erhalten bleibt. Die Nutzung ist entsprechend abzustimmen und zu attraktivieren. Möglicherweise durch eine Überführung zur Neusser Bäder- und Eissporthalle (NBE).

Das bisher nur skizzierte **Sport- und Gesundheitszentrum am Südpark** mit Anbindung an die Eissporthalle und das Schwimmbad werden wir weiterhin unterstützen. Außerdem werden wir gemeinsam mit den eissporttreibenden Vereinen an Verbesserungen und Modernisierungen für die Neusser Eissporthalle arbeiten.

In den vergangenen Jahren wurden im Neusser Stadtgebiet an vielen Standorten neue **Kunstrasenplätze für den Fußballsport** geschaffen. Weitere Kunstrasenplätze sollen daher nur noch in Ausnahmefällen gefördert



werden. Zuerst gilt es ökologische Alternativen zu prüfen.

Mehrere Studien haben festgestellt, dass rund ein Drittel aller Kinder nicht oder nur unsicher schwimmen können, wenn sie die Grundschule verlassen. Daher muss der **Schwimmunterricht für Kinder** – auch für Kinder aus den Unterkünften für geflüchtete Menschen – zukünftig noch intensiver gefördert werden. Daher werden wir gemeinsam mit weiteren Akteur*innen wie dem Stadtsportverband, den Stadtwerken und den Sportvereinen ein entsprechendes Konzept erarbeiten. Denkbar wäre beispielsweise ein Angebot an Intensivkursen während der Schulferien und die flächendeckende Ausweitung des 2015 gestarteten Pilotprojektes „Jedes Kind muss schwimmen lernen“.

In den vergangenen Jahren sind Inklusion und Integration durch Sport in der Stadt Neuss glücklicherweise deutlich stärker in die Öffentlichkeit gerückt worden. Wir werden daher gemeinsam mit der Stadt Neuss und dem Stadtsportverband an Maßnahmen arbeiten, wie die Vereine zukünftig noch stärker bei der **Integration und Inklusion** unterstützt werden können. Insbesondere für den Inklusionssport sollen im ersten Schritt ausreichend Zeitkontingente in den Sportanlagen oder in den Turnhallen geschaffen werden.

Vielen Vereinen fällt es außerdem in der heutigen Zeit immer schwerer, Menschen für eine **ehrenamtliche Tätigkeit in den einzelnen Sportvereinen** zu gewinnen. Aus diesem Grund werden wir den Stadtsportverband dabei unterstützen, an Maßnahmen zur stärkeren Förderung dieses wichtigen ehrenamtlichen Engagements zu arbeiten.

Auch in unserer Stadt gibt es **Spitzensport**, der auch zukünftig organisatorisch und finanziell weiter gefördert werden soll. Auch zukünftig soll daher sichergestellt sein, dass alle Spitzensportangebote angemessen unterstützt werden. Die Unterstützung ist als Sponsoring auszugestalten.

Auch bei einer möglichen Bebauung eines Teilbereiches der **Bezirkssportanlage in Erfttal** sollen die Kinder und Jugendlichen aus Erfttal sich auch zukünftig auf der Anlage sportlich betätigen können. Daher werden wir die SG Erfttal und die Bürger*innen aus Erfttal frühzeitig in mögliche Planungen einbinden. Sollte ein Teilbereich der Sportanlage bebaut werden, sollte an anderer Stelle in Erfttal Ersatz geschaffen werden, beispielsweise in Form eines Hybridrasens oder anderer geeigneter Möglichkeiten.



Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung und Digitalisierung

Die Stadt Neuss ist mit ihrer breit aufgestellten Wirtschaftsstruktur und mit einem starken, industriellen Kern ein bedeutender Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort im Rheinland. Wir wollen, dass dies so bleibt. Deshalb wollen wir auch die Industriegebiete im Hafen und zum Beispiel bei Alu-Norf sichern. Die Corona-Pandemie, der Strukturwandel und die Klimakrise stellen die Wirtschaft vor große Herausforderungen, die es gemeinsam zu bewältigen gilt. Klimaschutz und Strukturwandel sollten dabei Innovationstreiber für nachhaltiges Wirtschaften sein. Für uns bedeutet dies neue, innovative und nachhaltige Wirtschaftsinitiativen mit entsprechenden Rahmenbedingungen zu unterstützen. Insbesondere sollen dafür die Wirtschaftsförderung, die Bewirtschaftung der Gewerbeflächen und die städtischen Gesellschaften auf Nachhaltigkeitsziele ausgerichtet werden.

Unsere Verwaltung soll auch in Zukunft bürgernah, transparent und leistungsfähig sein. Dazu benötigt die Verwaltung eine zur Aufgabenerledigung angemessene Personalausstattung. Wir wollen die Chance nutzen, die die Digitalisierung bietet, um diese Ziele noch besser zu erreichen. Wir wollen eine Verwaltung, die unsere Gesellschaft in all ihrer Vielfalt widerspiegelt und entsprechend mehr Frauen, die auch in Führungsfunktionen tätig sind.

Bei der Vergabe und Entwicklung von Gewerbeflächen muss zukünftig die Qualität und die Anzahl der Arbeitsplätze stärker im Fokus stehen. Hierzu wollen wir einen **Kriterienkatalog für die Vermarktung von Flächen** entwickeln. Bestandteil des Katalogs werden unter anderem die Qualität und Anzahl der Arbeitsplätze, der Nachhaltigkeitsgrad des Geschäftsmodells, die Nutzungseffizienz der Flächen und die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen sein. Dadurch wird die Ansiedlung weiterer großflächiger Logistikbetriebe und großflächiger Einzelhandel auf der grünen Wiese unterbunden.

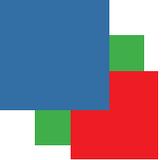
Um den Strukturwandel zu gestalten, wollen wir **im Jahr 2021 einen „Zukunftskongress Strukturwandel“** unter breiter Beteiligung von Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft initiieren. Hierdurch wollen wir Handlungsempfehlungen für die zukünftige Wirtschaftsförderungspolitik entwickeln.

Einen weiteren Baustein für einen nachhaltigen Strukturwandel sehen wir in der **Unterstützung der (Fach-) Hochschullandschaft**, zum Beispiel durch den Aufbau einer öffentlichen technischen (Fach-) Hochschule oder einer entsprechenden Dependance gemeinsam mit regionalen und überregionalen (Fach-) Hochschulen sowie den Berufskollegs.

Eine eigene **„Stadtentwicklungsgesellschaft“ zur Entwicklung von Brachflächen**, dem Ankauf, der Entwicklung und dem Verkauf von Wohnungs- und Gewerbeflächen bietet große Chancen im Rahmen einer proaktiven Wirtschaftspolitik. Die „Stadtentwicklungsgesellschaft“ wird eine angemessene Mittelausstattung bekommen

Wir investieren als Kommune in unsere Infrastruktur und damit in unsere Wirtschaft, die Zukunft unserer sozialen Stadt, in Kita- und Schul-Bildung, die Sportinfrastruktur, die Kultur, die Umwelt und in nachhaltige Mobilität. Um für den Strukturwandel und die Entwicklung unserer Stadt **verstärkt an Drittmittel von EU, Land, Bund und anderen partizipieren** zu können, wollen wir hierfür die Strukturen in der Verwaltung verstärken. Neben Personal, welches gezielt für Neuss passende Förderprogramme ermittelt, darf die Akquise solcher Mittel bei förderreifen und dauerhaft finanzierbaren Projekten nicht an fehlenden Eigenmitteln scheitern. Hierfür richten wir ein Budget im Finanzplan ein.

Der Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung sowie der Fördermittelberatung soll verstärkt auf die **Beratung zu mehr Nachhaltigkeit und Innovation** ausgerichtet sein. Insbesondere sollen dabei kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups im Fokus stehen.



Die **städtischen Töchter können die Stadt mit ihrem Investitionsvolumen** auch bei ihren Nachhaltigkeitszielen maßgeblich **unterstützen**. Diese Ziele müssen in allen städtischen Töchtern implementiert werden. Dazu gehören eine jährliche Berichterstattung und Zielvereinbarungen mit dem Management, die Bestandteil der Vergütungssysteme sind. Hierbei sind auch soziale Belange, wie Aus- und Fortbildung, Frauenförderung, sozialer Wohnungsbau, Einsatz nachhaltiger Werkstoffe und Betriebsmittel zu berücksichtigen.

Eine **Privatisierung städtischer Unternehmen** in Form eines Verkaufs an Dritte **lehnen wir ab**.

Der **Aufsichtsrat des Rheinland Klinikums soll gestärkt werden**. Der Geschäftsführer oder die Geschäftsführerin sollen auf Vorschlag des Aufsichtsrates bestellt und abberufen werden. Die /der Aufsichtsratsvorsitzende soll aus den Reihen des Aufsichtsrates gewählt werden. Langfristig wollen wir uns mit dem Rhein-Kreis Neuss über einen Verkauf der RWE-Aktien ins Benehmen setzen.

Bis zum Jahr 2024 streben wir eine **flächendeckende Versorgung mit 100 Mbit/s im gesamten Stadtgebiet** an (Optimum Glasfaser) und wollen den Lückenschluss im Mobilfunknetz (LTE/5G) vorantreiben. Dies soll mit Partnern der Wirtschaft, städtischen Gesellschaften sowie der Infrastruktur Neuss erreicht werden. Die Infrastruktur Neuss arbeitet hieran schon modellhaft in der Nordstadt und im Neusser Süden.

Wir wollen **Unternehmen** wie beispielsweise den Einzelhandel, das Hotel- und Gaststättengewerbe, Kulturbetriebe und Soloselbständige auch **in der Corona-Krise** ergänzend zu Bund und Land **zielgerichtet unterstützen**. Hierzu gehört auch die Fortführung der bereits eingeleiteten Maßnahmen.

Sollte die für einen Fahrradgroßhandel frei gehaltene **Gewerbefläche im Hammfeld I** nicht bis Ablauf der beschlossenen Frist hierfür gekauft und in angemessener Frist bebaut werden, wird diese Fläche gemäß dem Nutzungskonzept der angrenzenden Flächen umgewidmet.

Das „Teilhabechancengesetz“ ermöglicht es Städten und Unternehmen, langzeitarbeitslose Menschen einzustellen und ihnen somit eine neue berufliche Perspektive zu geben. Die Stadt Neuss hat durch das Programm beispielsweise in der Grünpflege Langzeitarbeitslose einstellen können. Den **„sozialen Arbeitsmarkt“ in Neuss** wollen wir **sichern und ausbauen**.

Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Verwaltung** und den angebotenen Unternehmen wollen wir stärken und Anreize für Unternehmen zu familiengerechten Unternehmen setzen.

Die Neusser Wirtschaft wollen wir mit **mehr Innovationsunternehmen** breit für die Zukunft aufstellen. Dazu gehören moderne und ökologisch hochwertige Dienstleistungen und Produkte. Denkbar wäre außerdem – als Mitglied der Kompetenzregion Wasserstoff – einen Schwerpunkt auf „grünen Wasserstoff“ zu setzen.

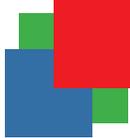
Eine **attraktive, urbane und gut erreichbare Innenstadt** ist das Aushängeschild einer modernen Stadt. Die Innenstadt wollen wir durch eine „City-Offensive“ stärken. Zusätzlich werden wir prüfen, inwiefern die Wirtschaftsförderung die örtlichen Einzelhändler unterstützen kann - etwa im Onlinehandel oder durch die Unterstützung von Pop-Up-Stores. Ein Modell zur Prüfung dabei wäre das Projekt der Monheimer Lokalhelden.

Wir wollen **solide, generationengerechte und gleichstellungsorientierte Finanzen**. Einnahmen und Ausgaben müssen strukturell ausgeglichen sein, ohne dogmatisch die Politik der „schwarzen Null“ zu verfolgen. Die in diesem Vertrag oder zu einem späteren Zeitpunkt zwischen den Kooperationspartnern vereinbarten **Zielsetzungen, Projekte und Maßnahmen stehen unter Finanzierungsvorbehalt**.

Mehraufwendungen bei Sachmitteln und/oder Personal über Inflationsausgleich und Tarifsteigerungen hinaus sind grundsätzlich vorrangig durch Minderaufwendungen und/oder Mehreinnahmen im gleichen Budget, Fachbereich beziehungsweise Dezernat in gleicher Höhe zu erwirtschaften. Nachrangig gilt das Gesamtdeckungsprinzip im Rahmen der allgemeinen Finanzwirtschaft.

Wir wollen handlungsfähig bleiben, eine aufgabenkritische Betrachtung der Ausgaben vornehmen und Steuererhöhungen auch in Zukunft vermeiden. Wir stehen hinter der „Zonser Erklärung“ und **erteilen Steuerdumping-Modellen eine klare Absage**.

Wir erwarten auch vom Rhein-Kreis Neuss sparsames Handeln, eine eigene Aufgabenkritik und möglichst eine **finanzielle Entlastung der Stadt Neuss bei der Kreisumlage**. Doppelstrukturen zwischen Stadt und Kreis sind



abzubauen. Die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden, dem Kreis und der benachbarten Städte wollen wir fördern.

Für die Bürger*innen soll transparent sein, was mit ihren Steuern, Gebühren und Abgaben passiert. Daher soll die Verwaltung die Verwendung dieser Einnahmen gegenüber den Bürger*innen darstellen, zum Beispiel mit einer **Broschüre „Was macht die Stadt mit Ihrem Geld?“**, die mit dem Grundsteuerbescheid verschickt werden könnte und im Haushalt selbst.

Zur besseren und **transparenten Steuerung des Haushaltes** setzen wir auf Ziele, Kennzahlen und Sachberichte und wollen ein entsprechendes NKF-System stufenweise aufbauen. Dies sehen wir auch als Grundlage für einen nachvollziehbaren Bürger*innenhaushalt an. Zudem wollen wir ein transparentes Fördermittelmanagement etablieren und die Mittelvergabe in den entsprechenden Haushaltspositionen veröffentlichen.

Nicht nur in der Krise **erwarten wir vom Bund und vom Land** eine der Aufgabenfülle der Stadt Neuss **angemessene Finanzausstattung**. Überflüssige Beiträge, wie beispielsweise die Straßenausbaubeiträge des Landes NRW, sollen abgeschafft werden.

Durch **Gender Budgeting** werden wir Einnahmen und Ausgaben mit dem Ziel betrachten, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Dafür soll die Verwaltung eine Analyse über die Verteilung und Wirkung der öffentlichen Mittel erstellen. Ein Genderrahmenplan wird die Arbeit des Gleichstellungsbeirates transparent machen. Durch die Analyse der Verteilung unserer Haushaltsmittel stellen wir sicher, dass Projekte und Maßnahmen angestoßen werden, die zielgerichtet sind.

Unsere **Verwaltung soll auch in Zukunft bürgernah, leistungsfähig und transparent** sein. Zur Erledigung der vielfältigen und auch neuen Aufgaben ist eine angemessene Ausstattung mit Sachmitteln und Personal erforderlich. Dies muss auch bei der Übertragung neuer Aufgaben gesichert sein.

Wir wollen, dass alle städtischen Töchter ein **gemeinsames Verständnis vom „Konzern Stadt“** entwickeln und ihren Beitrag leisten, damit Neuss ein guter Platz zum Wohnen, Arbeiten und Leben bleibt. Die strategische Steuerung der kommunalen Unternehmen erfolgt durch Rat und Verwaltung, der Transparenz- und Steuerungskodex ist anzuwenden und bei Bedarf anzupassen.

Bis 2022 sollen die **Bürger*innendienstleistungen des Rathauses**, bei denen dies rechtlich möglich ist, auch **digital angeboten** werden. Mit dem modernisierten Bürger*innenamt und anderen Anlaufstellen der Verwaltung soll dennoch der direkte Kontakt von Bürger*innen in die Verwaltung gewährleistet bleiben. Bürger*innendienstleistungen sollen auch mit Einrichtungen der Kultur verknüpft werden, zum Beispiel integriert in einem neuen Gebäude am Wendersplatz.

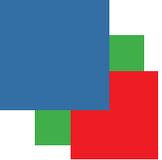
Aber auch innerhalb der Verwaltung, soll die Digitalisierung weitergehen und zu einer effizienteren Umsetzung der Verwaltungsaufgaben bei höherer Bürger*innenzufriedenheit führen. Wir wollen darum eine **Zukunftswerkstatt „Verwaltung 2030“** initiieren und die Verwaltung dabei unterstützen, in einem Pilotprojekt ein erstes Amt umfassend zu digitalisieren.

Um beispielsweise Wohnungsbauprojekte schneller durchführen zu können, soll daran gearbeitet werden, die **Zeiten zur Bearbeitung von Bauanträgen zu reduzieren**.

Wir erhoffen uns von einer weitergehenden **Digitalisierung** und der Nutzung von Arbeitsformen wie **Home-Office** auch eine Reduzierung des Flächenbedarfs der Verwaltung pro Mitarbeiter*innen und eine damit einhergehende Kosteneinsparung.

Um den demographischen Wandel in der Verwaltung, der in den nächsten Jahren bevorsteht, meistern zu können, soll weiter in angemessenem Umfang ausgebildet und frühzeitig ein **Personalentwicklungsplan und ein Gleichstellungsmonitoring** aufgesetzt werden. Vorhandenes „Know-How“ ist zu sichern und weiterzuentwickeln

Die **Arbeit im Stadtrat** wurde mit der Einführung des Ratsinformationssystems „Session/Mandatos“ weitgehend **papierlos** gemacht. Auch die Verwaltung soll weitere Maßnahmen ergreifen, um Prozesse digital und möglichst papierlos auszugestalten.



In den **Aufsichtsgremien von städtischen Gesellschaften und sonstiger Gremien** sollen nach dem Landesgleichstellungsgesetz NRW **mindestens 40 Prozent eines jeden Geschlechts** vertreten sein. In der Verwaltung und den kommunalen Gesellschaften sollen auch in Führungsfunktionen erheblich mehr Frauen arbeiten.

Mit dem **Mängelmelder** können die Bürger*innen der Stadtverwaltung Gefahren oder Ärgernisse melden. Dabei soll sichergestellt sein, dass **immer eine Rückmeldung** erfolgt und es ein verbindliches Beschwerdemanagement gibt.

Die **Bürger*innenbeteiligung** wollen wir **weiter ausweiten**. Dafür wollen wir Leitlinien entwickeln, in denen klar geregelt wird, wann und in welcher Art und Weise die Neusser*innen zukünftig beteiligt werden sollen. Wir werden sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zukünftig bei Bau- und Planungsvorhaben oder Straßensanierungen bereits im Anfangsstadium beteiligt werden, damit im weiteren Verfahren möglichst viele Anliegen aufgegriffen werden können.

Außerdem werden wir in der Stadt Neuss nach dem Vorbild anderer Städte eine **„Bürger*innenbeteiligungsplattform“** einsetzen. Auf einer solchen Plattform soll es den Neusser*innen ermöglicht werden, Verbesserungsvorschläge oder Anliegen zu sämtlichen Themen einzureichen, die anschließend im Stadtrat und in den zuständigen Fachausschüssen beraten werden sollen.

Die **Sitzungen des Stadtrates** sollen künftig nicht nur im „Live-Stream“ sondern auch mindestens eine Woche nach der Sitzung **im Internet angehört werden** können.

Erstmals in der Geschichte der Stadt Neuss wollen wir **flächendeckend Bezirksausschüsse einführen**. In den Bezirksausschüssen wird bereits heute über alle Themen beraten, die das Leben der Menschen im Stadtteil direkt betreffen. Aktuell gibt es allerdings nur in Holzheim, Norf, Rosellen und Uedesheim Bezirksausschüsse. Zur Einführung von flächendeckenden Bezirksausschüssen werden wir das **Stadtgebiet in sieben Bezirke aufteilen**. Die Bezirksausschüsse werden wir mit eigenen Budgets für konkrete Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft ausstatten. Im Rahmen der Erstellung von Leitlinien zur Bürger*innenbeteiligung soll auch eine Empfehlung dazu abgegeben werden, ob und inwieweit auch ein Neuzuschnitt dieser Bezirksausschüsse erfolgen soll.

Angesichts der Aufgabenfülle, die im Bereich des **Gebäudemanagements (GMN)** zu erbringen ist, wollen wir das GMN **weiter ertüchtigen** und die Organisationsstruktur optimieren. Der zuständige Betriebsausschuss wird hierzu gemeinsam mit der Verwaltung konkrete Vorschläge für den Rat erarbeiten.

Bei der **Sparkasse Neuss** wollen wir gezielt **Nachhaltigkeitskonzepte weiterentwickeln** und auf entsprechende Finanzprodukte setzen. Die Sparkassenpolitik ist weiterhin nach dem Gemeinwohl und sozialen Aspekten auszurichten. Wir setzen uns weiterhin für ein gutes Filialangebot mit gebührenfreien Beratungs- und Unterstützungsleistungen sowie akzeptablen Kontoführungsgebühren ein.

